



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Jahresbericht 2000

Impressum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Redaktion: Bernd Rheinberg, Susanne Dittrich

Texte: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung sowie ...

Fotos:

Der Umschlag zeigt ein Bild von mit dem Titel.....

Das Gedicht von Jovan Nikolic wurde übersetzt von Elvira Veselinovic, das Gedicht von Flora Brovina übersetzte Hans-Joachim Lanksch.

Gestaltung: grappa blotto, Berlin

Papier: 100% Altpapier, chlorfrei gebleicht

Auflage: 3000

Stand: 15. Juli 2001

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin, Telefon 030-28534-0, Fax 030-28534-109, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

INHALT

1. Vorwort des Vorstandes	4
2. Nachhaltige Entwicklung und Internationale Strukturpolitik	8
3. Zukunft der Arbeit und des Sozialen	17
4. Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik	21
5. Migration, Interkulturelles Management und Demokratische Partizipation	28
6. Menschenrechte, Zeitgeschichte und Zukunft der Demokratie	34
7. Kunst, Kultur und Medien	45
8. Bildung und Wissenschaft	54
9. Studienwerk	56
10. Feministisches Institut	61
11. Grüne Akademie	64
12. Archiv Grünes Gedächtnis	66
13. Aus der Stiftung	68
14. Projekte und Partner im In- und Ausland	71
15. Gremien	79
16. Finanzen und Personal	(nur im HEFT)
17. Adressen	82
18. Organigramm	(nur im HEFT)
19. Publikationen	89

VORWORT DES VORSTANDES

Rückblick 2000 – Ausblick 2002

Der Countdown läuft – und die Heinrich-Böll-Stiftung zählt mit: Am 3. September 2002 beginnt der „World Summit on Sustainable Development“ in Johannesburg. Die fast zweiwöchige Konferenz wird zehn Jahre nach dem Weltgipfel in Rio de Janeiro die Umsetzung der Agenda 21 überprüfen. Sie wird darüber hinaus die Frage beantworten müssen, welche umwelt- und entwicklungspolitischen Ziele sich die Staatengemeinschaft im nächsten Jahrzehnt setzt und mit welchen Massnahmen sie erreicht werden sollen. Das Schicksal des Kyoto-Protokolls zur Eindämmung der Treibhausgase hat gezeigt, wie brüchig das Fundament der globalen Umweltpolitik ist. Immer noch klafft eine riesige Lücke zwischen rhetorischen Proklamationen und politischen Handlungen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat schon zwei Jahre vor Beginn des Johannesburg-Gipfels den Rio + 10 - Prozeß zum Schwerpunkt ihrer In- und Auslandsarbeit gemacht. Sie will Nichtregierungsorganisationen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen zusammenbringen, die die Tagesordnung des Gipfels beeinflussen und Impulse für die internationale politische Agenda geben können. Die Stiftung hat eine Anzahl kompetenter Persönlichkeiten aus aller Welt eingeladen, ein politisches Memorandum zum Weltgipfel in Johannesburg zu verfassen. Paralell haben wir eine Schriftenreihe, die World Summit Papers, aufgelegt, und ab Herbst 2001 erhalten unsere Aktivitäten auch eine virtuelle Plattform unter der Adresse www.worldsummit2002.de. Selbstverständlich sind auch unsere Auslandsbüros an den Vorbereitungen zum Weltgipfel beteiligt – so ist z.B. im September dieses Jahres in Nairobi eine Konferenz für afrikanische Nichtregierungsorganisationen geplant. Das Entwicklungspolitische Forum der hbs, das sich Grundsatzfragen der Entwicklungspolitik widmet, stand in diesem Jahr im Zeichen von Rio + 10.

Der Umbruch in Südosteuropa, der Sturz des Milosevic-Regimes – auch sie prägten die Aktivität der Stiftung in besonderem Maße. Im Oktober 2000 lud die Heinrich-Böll-Stiftung Milosevic-Gegner aus der jungen serbischen Kunst- und Kulturszene zu einem Podiumsgespräch nach Berlin. Aus der Begegnung mit den Künstlern entwickelte sich die Idee einer Ausstellung über die Geschichte des kulturellen Widerstandes gegen das Milosevic-Regime. Innerhalb weniger Wochen entstand die Ausstellung „Dossier Serbien – Einschätzung der Wirklichkeit der 90er Jahre“, die in Kooperation mit der Akademie der Künste gezeigt wurde. Die Ausstellung umfasste sowohl dokumentarisches Material der letzten zehn Jahre des serbischen Widerstands als auch in dieser Zeit entstandene Kunstwerke.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in einem Umfang von ungefähr 2,2 Mio. DM in den Jahren 2000 – 2003 am Sonderprogramm Balkanstabilitätspakt beteiligt. Im Zentrum dieser Arbeit stehen Demokratie, Nachhaltige Entwicklung und Frauenförderung. Die Koordination erfolgt durch das Büro Sarajevo mit seinen Ablegern in Zagreb und Belgrad.

Die „Kontaktstelle zum EU-Beitritt: Perspektiven und Probleme in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas“ hat in Prag die Arbeit aufgenommen. Im Herbst 2001 wird in Warschau ein neues Büro der Heinrich-Böll-Stiftung eröffnet. Der Schwerpunkt des Büros wird im Bereich Frauenpolitik liegen.

Weitere Auslandsbüros arbeiten seit dem vergangenen Jahr im thailändischen Cheng Mai und in Rio de Janeiro. In Indien wird in nächster Zeit ein Kontaktbüro der Stiftung eingerichtet. Erste konkrete Kooperationen in den Bereichen Stadtentwicklung und Gleichberechtigung der Frauen gibt es mittlerweile mit Organisationen in China. Davon unabhängig setzen wir die Zusammenarbeit mit dem tibetischen Exil fort und unterstützen die Bewahrung der kulturellen Traditionen des tibetischen Volkes.

Besondere Resonanz fand im vergangenen Jahr die Konferenz „Iran nach den Wahlen“. Sie sollte den verschiedenen Reformkräften im Iran – quasi auf neutralem Boden – eine Gelegenheit zum politischen Dialog geben. Die Tagung stieß v.a. bei Exil-IranerInnen auf überwältigendes Interesse, litt aber unter massiven Störungen durch Gegner des Reformprozesses. Deren Aktionen als Vorwand nutzend, wurden die iranischen ReferentInnen nach ihrer Rückkehr in Teheran verhaftet, angeklagt und elf von ihnen zu hohen Haftstrafen wegen „Verschwörung gegen die islamische Republik“ verurteilt; der Geistliche Yussefi Eshkevari von einem Sondertribunal gar zum Tode. Das Revisionsverfahren war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich in zahlreichen Stellungnahmen, Pressekonferenzen und Briefen an die Verantwortlichen im Iran für die verfolgten Gäste der Berliner Konferenz eingesetzt und die sofortige Freilassung der Gefangenen und die Einstellung sämtlicher Verfahren im Zusammenhang mit der Berliner Konferenz gefordert. Das Buch „Iran nach den Wahlen“, das im Juli dieses Jahres erschien, bietet anhand der Rede- und Diskussionsbeiträge der Konferenz einen guten Einblick in die iranischen Verhältnisse. Auszüge aus Prozessprotokollen und der Medienberichterstattung vervollständigen dieses Bild. Die Stiftung wird ihr Iran-Engagement fortsetzen, so weit dies möglich ist, ohne Partner zu gefährden.

Große Sorgen bereitet auch die aktuelle Situation im Nahen Osten. Natürlich bleibt auch die Projektarbeit der Stiftung in der Region nicht unberührt von den Auseinandersetzungen zwischen Israel und der palästinensischen Intifada. Wir arbeiten weiter mit Partnern in Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten zusammen, ohne uns einzubilden, wir könnten eine Vermittlungsrolle spielen.

Unter dem Dach der Heinrich-Böll-Stiftung wurden im vergangenen Jahr zwei Kommissionen eingerichtet – eine zu Fragen der Bildung und eine weitere zu Arbeit und Soziales. Beide haben in kurzer Zeit umfangreiche Stellungnahmen erarbeitet, die den aktuellen politischen Diskussionen zu diesen Themen wichtige Impulse geben können. Die Bildungskommission hat unter anderem eine Empfehlung zur „Bildungsfinanzierung in der Wissensgesellschaft“ vorgelegt; die Projektkommission Arbeit und Soziales eine Expertise zur Reform der Arbeits- und Sozialpolitik, die vor allem Anregungen für die Programmdiskussion bei Bündnis 90/Die Grünen geben will.

Unsere Gemeinschaftsaufgabe „Geschlechterdemokratie“ hat im November 2000 durch einen zweitägigen Kongress „Geschlechterdemokratie 2000. Vielfalt der Visionen – Visionen der Vielfalt“ und ihre kontinuierlichen „Geschlechterdemokratischen Dialoge“, darunter eins mit Bundeswirtschaftsminister Müller zu „Gendermainstreaming in der Wirtschaft“, auf sich aufmerksam gemacht. Die Gemeinschaftsaufgabe Migration hat ihre Aktivitäten um einen Schwerpunkt „Interkulturelles Management“ erweitert und durch eine ganze Reihe von Veranstaltungen zur Profilbildung der Stiftung beigetragen. Im Mittelpunkt stand dabei die Diskussion um die Empfehlungen der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“, der auch Ralf Fücks aus dem Vorstand der hbs angehörte.

Die *Grüne Akademie*, unsere Denkwerkstatt zu politischen und kulturellen Fragen der Zeit, hat ihre Arbeit im vergangenen Jahr in zwei Projektgruppen zu den Themen „Europa 2020“ und „Zukunftstechnologien“ organisiert. Im Rahmen einer Sommerakademie ist ein Memorandum zur Innovationspolitik mit dem Titel „Das gute Leben“ entstanden. Die Arbeit der zweiten Projektgruppe mündete Anfang des Jahres in einer Tagung zu den „Grenzen Europas“.

Verstärkt wurden die Bemühungen der Stiftung zum Thema „Europa“ durch die zweite Außenpolitische Tagung im vergangenen Herbst, die sich ebenfalls mit der Gestaltung der Grenzen Europas beschäftigte; zeitgleich war dies auch der Schwerpunkt unseres halbjährlichen Nachrichtenmagazins www.boell.de.

Im beratenden Kuratorium des *Feministischen Instituts* arbeiten zwei frischgekürtc Berliner Senatorinnen, Adrienne Goehler und Juliane Freifrau von Friesen, mit. Das Institut hat seine Arbeit im Bereich „Distance Learning“ intensiviert und pflegt jetzt Kontakte mit dem MIT in Boston, der Universität Münster und der Universität Zagreb. Zur Nachwuchsförderung und zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die politische Praxis ist im vergangenen Herbst das Gunda-Werner-Kolleg gegründet worden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist mit ihrer Galerie, der Veranstaltungsetage unter dem Dach der Hackeschen Höfe, eine bekannte Adresse in der Berliner Debattenlandschaft geworden. Sie ist Ort aktueller Diskussionen wie z.B. der Veranstaltung „Macht, Recht, Moral“, auf der Richard v. Weizsäcker, Antje Vollmer, Alice Schwarzer, Monika Maron und Dieter Grimm über den Parteispenskandal diskutierten.

Gleichzeitig bemühen wir uns intensiv, unseren Internetauftritt www.boell.de ständig zu verbessern und das Angebot für die vielen NutzerInnen zu erweitern. Die Zahl der monatlichen Zugriffe (*visits*) auf unsere Homepage liegt mittlerweile bei über 15.000, die Zahl der heruntergeladenen Dokumente hat sich in einem Jahr verneunfacht und liegt momentan bei fast 6.000 im Monat, darunter vor allem Veranstaltungsprogramme, aber auch viele Studien und Dokumentationen.

Zwei Ereignisse verdienen noch besondere Erwähnung: Wir konnten im vergangenen Jahr zum zweiten Mal den Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung vergeben – und zwar an die chilenischen Bürgerrechtlerinnen Berta und Nicolasa Quintreman Kalpan aus Chile. Am internationalen Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2000, verlieh die Stiftung mit Hilfe eines großzügigen Spenders den Sonderpreis für Zivilcourage auf dem Balkan an die kosovarische Ärztin und Schriftstellerin Flora Brovina, die erst kurz zuvor aus serbischer Haft freigekommen war.

Weitere Aspekte und Details unserer Arbeit des vergangenen Jahres finden Sie in den einzelnen Kapiteln dieses Jahresberichts wieder; darin stellen wir Ihnen weitere exemplarische Veranstaltungen, Projekte und Partnerschaften vor, so dass Sie eine gute Übersicht über das Engagement der Stiftung gewinnen können. Wir haben den Bericht im Rahmen unserer Gestaltungslinie leicht verändert: Wir erhoffen so größere Übersichtlichkeit. Gleichzeitig haben wir den Umfang etwas verringert. Angesichts unseres stetig wachsenden Engagements im Ausland werden wir in Zukunft gleichzeitig eine englische Fassung unseres Jahresberichts produzieren.

Zum Schluss ein Wort des Dankes an unsere „Ehrenamtlichen“. Mit den Mitteln des Förderkreises wird die Heinrich-Böll-Stiftung in die Lage versetzt, Einzelpersonen zu unterstützen und Projekte dort zu fördern, wo eine Unterstützung mit öffentlichen Mitteln versagt bleibt. So konnte z.B. ein Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler im Kosovo eingerichtet werden. Darüber hinaus wird die Stiftung maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement in Mitgliederversammlung und Aufsichtsrat, Fachbeiräte und Fachkommissionen getragen. Dafür möchten wir uns bedanken, ebenso bei den Freundinnen und Freunden von Bündnis 90/Die Grünen, die unsere Arbeit unterstützen und begleiten.

Berlin, im Juli 2001

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks
Dr. Claudia Neusüß
Petra Streit

2. Nachhaltige Entwicklung und Internationale Strukturpolitik

Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Energiewirtschaft

Durch die Liberalisierung der Strommärkte ist die Energiepolitik in Bewegung geraten. Verbraucherinnen und Verbraucher können nunmehr selbst über die Art ihrer Stromversorgung entscheiden, Energieversorgungsunternehmen müssen sich auf dem Markt behaupten und von der Politik wird ein Energiekonzept erwartet, das unter den Bedingungen liberalisierter Märkte auch ökologischen Zielsetzungen hinreichend Rechnung trägt. Im Bereich der regenerativen Energien und der Energiedienstleistungen wächst ein neuer Wirtschaftszweig heran.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat das Thema aufgegriffen und führte im Jahr 2000 eine Vielzahl von Tagungen und Seminaren durch, die der Fortführung der energiepolitischen Debatte dienten. Gleichzeitig wurden beim Öko-Institut zwei Gutachten in Auftrag gegeben: Im Juli erschien die Studie "Energiewende 2020: Der Weg in eine zukunftsfähige Energiewirtschaft". Aufbauend auf den Studien verschiedener Institute entwickeln die Autoren Felix Matthes und Martin Cames Strategien für den Einstieg in eine neue Energiewirtschaft - konkretisiert in zwei Szenarien bis zum Jahr 2020.

[*Energiewende 2020: Der Weg in eine zukunftsfähige Energiewirtschaft*. Eine Studie des Öko-Instituts von Felix Chr. Matthes und Martin Cames. Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. 48 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Berlin 2000.

www.boell.de]

Die Ergebnisse sind ermutigend. Ausgehend von den energiepolitischen Weichenstellungen, die von der rot-grünen Koalition bereits getroffen wurden oder vorbereitet werden (Förderung erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung, verbesserter Wärmeschutz für Gebäude, Anreize für Energiesparen via Ökosteuer), zeigt die Studie, wie die Bundesrepublik ihre klimapolitischen Verpflichtungen einlösen und gleichzeitig eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung gewährleisten kann.

In dem Policy Paper „Sustainability and the Future of European Electricity Policy“ von Felix Matthes und Christof Timpe, erschienen im Oktober, werden die an ökologischer Nachhaltigkeit orientierten Rahmenbedingungen für den liberalisierten europäischen Energiemarkt untersucht.

[Documentations, Papers and Reports of the Heinrich Boell Foundation, No. 4: Sustainability and the Future of European Electricity Policy. A policy paper by Felix Chr. Matthes and Christof Timpe, Öko-Institut. 52 Pages, Berlin 2000. www.boell.de] Informationen und Publikationen erhältlich bei: www.boell.de, Email: info@boell.de

„NRW – Energieland in Bewegung“

Besonders im Ruhrgebiet, wo der Strukturwandel im Energiebereich überall auch optisch sichtbar wird, lassen sich die politischen Erfolge einer nachhaltigen Energiepolitik gut vermitteln und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen. Energiepolitik war auch das Schwerpunktthema der Heinrich-Böll-Stiftung NRW im Jahr 2000. Ein ganzes Paket an unterschiedlichen Veranstaltungen zu diesem Thema wurde angeboten, darunter z.B. die Tagung „NRW – Energieland in Bewegung“, die nicht zufällig im Gelsenkirchener Lichthof stattfand. In Gelsenkirchen stand einst das größte Steinkohlekraftwerk Nordrhein-Westfalens. Heute künden eine Solarfabrik, die erste Solarsiedlung NRWs sowie ein Wissenschaftspark mit Solarforschungsschwerpunkt von einer Energiewende in NRW, die dringend nötig ist: immerhin stellt NRW nur 20 % der Gesamtbevölkerung, verursacht aber 30 % des gesamtdeutschen CO²-Ausstoßes. Im Mittelpunkt der Tagung standen daher Aspekte des erforderlichen Strukturwandels, z.B. die Frage der Marktpotentiale und der neuen Arbeitsplätze. Darüber hinaus fanden Exkursionen und Seminare zu den Themen „Solare Zukunft Ruhrgebiet“ und „Energie-Ressourcen im ländlichen Raum“ statt. Selbst im ländlichen Raum war die Heinrich-Böll-Stiftung NRW also mit Energiethemen präsent. Kooperationspartner waren die kommunalpolitische Vereinigung GAR-NRW sowie kleinere Energie-, Umwelt- oder lokale Agenda-Gruppen.

[Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund, www.boell-nrw.de]

Petra-Kelly-Preis 2000

Der Petra-Kelly-Preis wurde 1997 von der Heinrich-Böll-Stiftung anlässlich des 50. Geburtstages der Namensgeberin gestiftet. Er ist mit 20.000 DM dotiert und wird in einem zweijährigen Turnus verliehen. Die Heinrich-Böll-Stiftung würdigt mit dem Preis Gruppen und Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für die Achtung der universellen Menschenrechte, für gewaltfreie Konfliktlösungen sowie den Schutz der natürlichen Umwelt einsetzen. Zugleich dient der Preis dem Andenken des Lebens und Wirkens Petra Kellys.

Im Jahr 2000 wurde der Petra-Kelly-Preis an die Mapuche-Pehuenche-Indianerinnen Berta und Nicolasa Quintreman Kalpan aus Chile vergeben. Die beiden Schwestern, die als Kleinbäuerinnen in ihrer traditionellen Kultur im Bio-Bio-Flußtal im südlichen Chile leben, sind führende Aktivistinnen der chilenischen Bürgerbewegung gegen die Überflutung von Pehuenche-Land durch den Bau des Ralco-Staudamms. Mit der Preisvergabe würdigt die Jury das gewaltfreie und couragierte Engagement dieser Frauen, stellvertretend für den Widerstand gegen die weltweite Errichtung von Mega-Staudämmen, die stets mit der Vertreibung oder Umsiedlung von Menschen und oft mit verheerenden Folgen für das Ökosystem einer ganzen Region verbunden sind.

Die Preisverleihung fand am 1. Dezember statt und wurde von einem internationalen Symposium der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema Mega-Staudämme begleitet. Der unabhängigen, international besetzten Jury des Preises gehören u.a. die Buchautorin und Expertin für alternative Ökonomie, Hazel Henderson (USA), der Philosoph und Programmdirektor des Schumacher College, Satish Kumar (GB), der EU-Sondergesandte des Dalai Lama, Kelsang Gyaltsen (Tibet/Schweiz), und der in Berlin lebende ungarische Schriftsteller György Dalos an.

[\[www.boell.de\]](http://www.boell.de)

Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik

Erstes Entwicklungspolitisches Forum

Wo von Entwicklungspolitik die Rede ist, ist das Wort Krise nicht weit. Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, doch zugleich sinken die Geldmittel und die Akzeptanz der traditionellen Entwicklungspolitik. Dass Krisensituationen auch als Herausforderungen begriffen werden können, unter dieser Perspektive rief die Heinrich-Böll-Stiftung das Erste Entwicklungspolitische Forum ins Leben. Im Mai 2000 trafen sich zahlreiche Expertinnen und Experten entwicklungspolitischer Fragen zu einer zweitägigen Fachtagung im Berliner Abgeordnetenhaus, um sich auf die Suche nach Innovations- und Problemlösungspotentialen zu begeben. So unterstrich Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in ihrem Eröffnungsvortrag die Notwendigkeit, Entwicklungspolitik als Beitrag internationaler Strukturpolitik zu begreifen und das Augenmerk verstärkt auf die Überwindung struktureller Entwicklungsprobleme zu lenken. Mit den normativen Anforderungen an Entwicklungspolitik setzte sich u.a. der Politikwissenschaftler Martin Wolpold-Bosien auseinander. Auch die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung wurde in mehreren Vorträgen thematisiert. So stellte Stefan Schönberg von der Deutschen Bundesbank klar, dass Entwicklung ohne eine Finanzierung über die internationalen Kapitalmärkte angesichts des tendenziellen Rückgangs der öffentlichen Entwicklungshilfe und des wachsenden Ressourcenbedarfs der Entwicklungsländer nicht möglich sei; und auch das in letzter Zeit in den Vordergrund gerückte Ziel der Armutsbekämpfung werde sich nur über nachhaltig höhere Wachstumsraten erreichen lassen. Eine Dokumentation des Ersten Entwicklungspolitischen Forums ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich.

„Die zunehmende Ungleichheit in dieser Welt und eine immer größer werdende Zahl von Armen drängen zu einer Antwort auf die Frage, was in diesen Zeiten Gerechtigkeit und Solidarität bedeuten können und welche Konsequenzen sich daraus für eine als Strukturpolitik verstandene Entwicklungspolitik ergeben.“ Claudia Neusüß

Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 14: Entwicklungspolitik als Internationale Strukturpolitik. Das Erste Entwicklungspolitische Forum der Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2000 in Berlin. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. 126 Seiten, Berlin 2001. www.boell.de]

Die „Ökologische Baikal-Welle“

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in den vergangenen Jahren in Mittel-, Südost und Osteuropa verschiedene Initiativen unterstützt, die sich für eine alternative Energie- und Landwirtschaftspolitik sowie eine nachhaltige ökologische Regionalentwicklung einsetzen. In Ostsibirien arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung z. B. mit der „Ökologischen Baikal-Welle“ zusammen, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für den Schutz des einmaligen Ökosystems um den Baikalsee einsetzt. Die Organisation leistet in erster Linie Aufklärungsarbeit. Sie gibt umweltpolitisches Lehrmaterial heraus, das von Schulen und Hochschulen der Region genutzt wird. Sie publiziert eine Zeitschrift, veranstaltet Seminare und hat in Irkutsk mit Hilfe der Heinrich-Böll-Stiftung ein Umweltinformationszentrum eingerichtet, das von vielen Interessierten genutzt wird. Derzeit baut die Baikal-Welle ein Filialnetz in der Region auf. Ein konkretes Ziel der Organisation ist die Schließung eines aus sowjetischer Zeit stammenden Zellulosewerkes, das seine Abwässer in den Baikalsee entsorgt. Um Massenarbeitslosigkeit in der um das Werk entstandenen Stadt Baikalsk zu verhindern, baut die Baikal-Welle dort eine Beratungsstelle für Existenzgründerinnen und -gründer auf. Beschäftigten des Werkes sollen alternative Arbeitsmöglichkeiten aufgezeigt werden – etwa im sanften Tourismus, im Handwerk oder in der schonenden Ressourcenverarbeitung.

[\[www.baikalwave.eu.org\]](http://www.baikalwave.eu.org)

EXPO 2000 – Aktivitäten der Landesstiftung Niedersachsen

Das Jahr 2000 stand in Niedersachsen ganz im Zeichen der Weltausstellung EXPO 2000. Die niedersächsische *Stiftung Leben und Umwelt* begleitete unter besonderer Berücksichtigung des Themas Nachhaltigkeit die Weltausstellung mit ihrem Internet-Forum www.xposition.de. Die Internetseite entwickelte sich im Laufe von 2 Jahren zu einer breiten Plattform für Beiträge, Berichte und Diskussionen über die Themen der EXPO. Unter Beteiligung von örtlichen Initiativen, Institutionen und internationalen Organisationen fand eine kritische Auseinandersetzung mit Themenpark,

Veranstaltungen und internationalen Beiträgen statt. Begleitet wurde diese Aktivität durch die Kooperation mit den niedersächsischen Bürgermedien, die im Rahmen ihrer Arbeit mit dem Projekt www.xpovision.de zahlreiche Radio- und Fernsehbeiträge produzierten. Ein weiterer Schwerpunkt innerhalb der EXPO-Aktivitäten der Landesstiftung waren die Besuche von ausländischen Journalistinnen und Journalisten aus dem Süden und Osten. Sie informierten sich über die Weltausstellung, die Vertretung ihrer Länder und die Positionen vor Ort. Die daraus entstandenen journalistischen Arbeiten waren wichtige Beiträge aus der Sicht von außen und sorgten in den Heimatländern der Journalisten für Berichte und Diskussionen, die ohne deren Anwesenheit vor Ort nicht möglich gewesen wären.

[Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen, Schuhstr. 4, 30159 Hannover]

Die politische Zukunft der Weltgesellschaft – Der Global Dialogue 2 in Hannover

"Weltgesellschaft politisch verantwortlich gestalten" – unter dieser Themenstellung kamen Anfang Juli 2000 etwa 150 internationale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, NGOs und Grasroots-Bewegungen zum zweiten Global Dialogue in Hannover zusammen. Drei Tage lang drehte sich der politische Diskurs um die Frage, wie sich Gesellschaften weltweit verändern müssen, um den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zu genügen und um neue Formen der Demokratie in einer globalen Welt zu fördern. Gerade hier setzten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer weniger auf etablierte Organisationen als auf die Arbeit von basisnahen NGOs, die sich als unabhängige Anwälte der Zivilgesellschaft verstehen. Besondere Hoffnungen wurden auch auf eine neue Rolle Europas gesetzt: "Die EU ist der weltgrößte Konsumenten- und Investitionsmarkt mit den nach den USA bedeutendsten Wissenschaftszentren und dem weltweit größten Entwicklungshilfeeinkommen. Bislang treten die EU-Außenbeziehungen meist hinter den Sonderinteressen der EU-Einzelstaaten zurück. Mit ihrem großen Stimmengewicht in internationalen Organisationen könnte die EU aber eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung spielen", so Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Ein Ergebnis des Global Dialogue 2 war der Appell an die Wirtschaft, in Zukunft mehr Verantwortung zu übernehmen, Finanzströme demokratisch zu lenken und ein weltweites Steuersystem einzuführen, um zu verhindern, daß sich global tätige Unternehmen durch geschickte Ausnutzung nationaler Gesetze nahezu völlig der Zahlung von Steuern entziehen.

Veranstaltet wurde der Global Dialogue 2 neben der Heinrich-Böll-Stiftung von der Society for International Development (SID) und der EXPO 2000 sowie deren Partnern, dem Civil Society Forum of the Americas, DAWN, dem Focus on the Global South, der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) sowie der UN-Kinderhilfsorganisation (UNICEF) und der UN-Frauenorganisation (UNIFEM).

Lst Schleswig-Holstein: „Agenda-21-Infocafé“ in Kiel

„Agenda-21-Infocafe“ in Kiel

Im Herbst 2000 begann die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit städtischen Einrichtungen und Organisationen aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Ökologie, Kunst, Bildung und Sozialpolitik mit der Einrichtung eines *Agenda-21-Infocafés* im Kieler Stadtteil Gaarden. Unter der Schirmherrschaft des schleswig-holsteinischen Umweltministers Klaus Müller entsteht dort in einem alten Café im Medusahof eine Werkstatt für Projekte zur „Lokalen Agenda 21“. Ziel ist es, die globale Sichtweise und die daraus abgeleiteten inhaltlichen Positionen der Agenda 21 mit den konkreten lokalen Herausforderungen eines „Stadtteils im Umbruch“ zu verbinden. Die Potentiale, die der Stadtteil in sich birgt, sollen analysiert, entwickelt und in Projektideen und konkrete Konzepte umgewandelt werden. Geplant sind Veranstaltungen, Seminare und Workshops, auch im Rahmen von Bürgerbeteiligungen, sowie Beratungsangebote in unterschiedlichen Themenfeldern. Im Café werden ökologisch produzierte und fair gehandelte Getränke und Nahrungsmittel angeboten. Eine Solaranlage ist in Planung. Zudem wird der Hof und der zum Café gehörende Garten im kommenden Frühjahr ökologisch umgestaltet.

Werkstattgespräch (21.09.2000) „Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik“

Die Geschlechterdemokratie hat Konjunktur, zumindest auf dem Papier. Bislang scheint die Welt des Gender-Diskurses und der Alltag der Umweltpolitik aber relativ unabhängig voneinander zu existieren. Am Beispiel der konkreten umweltpolitischen Agenda der Bundesregierung beschäftigte sich das Werkstattgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung „Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik“ im September 2000 mit der Frage, warum Gender-Perspektiven bislang so wenig fruchtbar und relevant geworden sind. Die Begegnung von Gender-Expertinnen und -experten aus Wissenschaft und Politikberatung mit umweltpolitischen Fachleuten, die in Verwaltung, Parlament, Regierung, Parteien und Umweltverbänden täglich das umweltpolitische Geschäft

betreiben, war auf gewisse Weise ein Experiment. Nur im ersten Teil der Veranstaltung sollte es um Grundlagen gehen. So berichtete Ines Weller von der TU Berlin vom derzeitigen Stand der Forschung, und Angela Franz-Balsen vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung gab einen Erfahrungsbericht zum Aufbau der Datenbank „Nachhaltigkeit & Gender“ – ein Projekt des DIE im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt. Mit dem zweiten Teil der Veranstaltung begann das eigentliche Experiment: Für drei zentrale Arbeitsbereiche der umweltpolitischen Agenda dieser Legislaturperiode – Naturschutz / Umwelt und Gesundheit / Klima sowie Energie – wurden Arbeitsgruppen gebildet, in denen folgende Fragen erörtert wurden: Welche gender-relevanten Aspekte lassen sich in diesen Politikfeldern identifizieren? Welches sind die Barrieren für ihre politische Umsetzung? Wie kann man mit diesen Barrieren weiter verfahren? In den Arbeitsgruppen ging es darum, die Möglichkeiten und Grenzen, Gender-Aspekte in die Arbeit zu integrieren, für jeden Einzelfall zu prüfen und mit konkreten Maßnahmen zu benennen. Wie schwierig es ist, die Gender-Perspektive in alle Umweltpolitikbereiche zu integrieren, zeigte sich darin, daß trotz der faktenorientierten Impulsbeiträge der Verlauf der Diskussionen immer in die Richtung der „weichen“ Aspekte ging: Die Gender-Perspektive ist offensichtlich um so einfacher zu formulieren, je stärker es um Sachverhalte geht, die sich auf die individuelle Handlungsebene beziehen, also dort, wo es um Verhaltensänderungen oder Sensibilisierung für bestimmte Themen geht. Dies ist jedoch ein Bereich, der nur in engen Grenzen der politischen Bearbeitung zugänglich ist, so daß man sich im engeren gesetzgeberischen Bereich der Instrumentarien von ökonomischen Anreizen, Verordnungen und Gesetzen mit Gender-Perspektiven noch schwer tut.

Die Ergebnisse des Werkstattgespräches wurden dokumentiert und sind bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich.

[Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 10: Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik. Werkstattgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung am 21. September 2000 in Berlin; in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium u.a. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. 52 Seiten, Berlin 2000. www.boell.de]

3. Zukunft der Arbeit und des Sozialen

Zukunft der Arbeit IV: Arbeit und Migration

Mit der Tagung „Arbeit und Migration“ fand im November 2000 bereits die vierte Veranstaltung in der Reihe „Zukunft der Arbeit“ der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Im Zentrum der Tagung standen das Für und Wider einer offensiven Migrationspolitik sowie die Beziehungen zwischen Einwanderung und Arbeitsmarkt. Insbesondere die Frage nach der Ausgestaltung der Zugänge zum sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeitsmarkt für Zuwanderer in Deutschland stand dabei im Vordergrund. Marieluise Beck, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, warnte zunächst vor zu großen Erwartungen an die Migrationspolitik: „Der Ruf nach Quoten und der Begrenzung ‚unerwünschter‘ Einwanderung suggeriert eine Steuerbarkeit von Zuwanderung, die weder den rechtlichen Ansprüchen auf Zugang noch der Realität einer offenen Gesellschaft Rechnung trägt.“

Rainer Münz, Professor an der Humboldt-Universität in Berlin, unterstrich mit harten Zahlen die Notwendigkeit umfangreicher Einwanderung nach Deutschland: „Deutschland wird im 21. Jahrhundert Zuwanderer benötigen, die sich rasch und erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren oder die sich hier selbständig machen und neue Arbeitsplätze schaffen. Voraussetzungen dafür sind Qualifikation, Leistung, Sprachkenntnisse und die Bereitschaft, bestimmte Grundwerte der aufnehmenden Gesellschaft zu respektieren. Humanitäre Überlegungen stehen somit nicht im Vordergrund, sondern der erwartete Nutzen für Deutschland.“ Die Tagung endete mit der Frage, wodurch Deutschland attraktiv gemacht werden kann, damit die benötigte Zuwanderung überhaupt stattfindet: ein wahrer Paradigmenwechsel in den Debatten um Zuwanderung. Diesem Thema widmet sich die Heinrich-Böll-Stiftung auch im Jahr 2001 intensiv. Geplant ist eine Veranstaltungsreihe zur Einwanderung unter Integrationsgesichtspunkten. Eingerahmt war die Tagung von einer Ausstellung, in der Unternehmensverbände von Einwanderern, darunter z.B. der Bundesverband der türkischen Groß- und Einzelhändler, sowie verschiedene Migrantprojekte, wie die Internationalen Gärten aus Göttingen, ihre Arbeit präsentierten.

„Eine fortschrittliche Einwanderungspolitik muß mehr sein, als eine Ausweitung der Green-Card-Regelung – insbesondere wenn wir die Fehler der alten Gastarbeiterpolitik vermeiden wollen. Einwanderung – auch die aus wirtschaftlichen Gründen – muß auf Dauer angelegt sein. Vor diesem Hintergrund plädiere ich für einen deutlichen Ausbau von Integrationsangeboten für Einwanderer und Flüchtlinge.“ Cem Özdemir

Neue Impulse für Arbeit und Soziales Expertise der Projektkommission Arbeit und Soziales der Heinrich Böll Stiftung

Die Projektkommission Arbeit und Soziales der Heinrich-Böll-Stiftung, eingerichtet im Jahre 2000 und besetzt mit Fachleuten wie u.a. die Professoren Michael Opielka, Margherita Zander, Frank Nullmeier und Thomas Olk, hat sich zur ersten Aufgabe gemacht, angesichts sozialer Umbrüche und neuer Herausforderungen die bisherigen sozialpolitischen Vorstellungen im grünen Kontext einer Prüfung zu unterziehen. Die Expertise „Neue Impulse für Arbeit und Soziales“ liegt nun vor, und versucht, anknüpfend an den Traditionen grüner Sozialpolitik, neue Antworten zu geben auf die Frage, wie eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aussehen könnte, die Bürgerinnen und Bürger zu Eigeninitiative befähigt und ermutigt, die Investitionen in Sozialkapital tätigt und dabei Bürgerinnen und Bürger beteiligt, ihre Wahloptionen erweitert und Elemente von Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik stärkt und gerade deshalb mit öffentlichen wie privaten Ressourcen verantwortungsbewusst umgeht. Die soziale Bürgergesellschaft und den Sozialstaat zusammen denken – das ist die Devise, nach der zur Einkommenssicherung, der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, der Alterssicherung, der Gesundheitspolitik und der Sozialpolitik für Kinder und Eltern Vorschläge gemacht werden.

Empfehlungen aus der Expertise:

„Da bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft vor allem auf lokaler und kommunaler Ebene stattfinden wird, bedarf es angesichts der Fragmentierung der deutschen Engagementlandschaft einer organisations- und themenfeldübergreifenden Infrastruktur zur Vermittlung zwischen engagementbereiten Bürgern und Organisationen vor Ort. Einer wohlverstandenen staatlichen Engagementpolitik geht es letztlich darum,

Risiken und Hemmnisse für engagierte und engagementbereite Bürger und Bürgerinnen zu begrenzen und handhabbar zu machen. Für eine derartige, auf Rahmenbedingungen begrenzte staatliche Förderpolitik gibt es gute Gründe. Erstens gebietet der Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements staatliche Zurückhaltung und zweitens erwies sich staatliche Engagementförderung bisher immer auch als eine temperamentvolle und launische Angelegenheit mit entsprechenden Diskontinuitäten.“

„Bei den Finanzierungsgrundlagen der Arbeitsmarktpolitik sollten Aktivierungsanreize und Wahlfreiheiten eingebaut werden. Verschiedene Wege sind hier denkbar: Ein Anspruch auf Teilnahme an aktivierenden Maßnahmen kann etwa durch die prinzipielle Deckungsfähigkeit der Ausgaben für passive Unterstützung und aktive Förderung unterstützt werden. Erwerbslose könnten Lohnersatzansprüche teilweise in Leistungen eigener Wahl umwidmen, Beschäftigte könnten einen Teil von „angesparten“ Beiträgen zur Verbesserung ihrer Arbeitsmarktlage einsetzen.“

„Politik für die Familie darf sich nicht darin erschöpfen, die Erziehungsleistungen von Eltern zu honorieren oder die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Politik für Kinder schließt an *deren* Status als Bürgerinnen und Bürger an. [...] Wenn Kindern aufgrund ihres Bürgerstatus‘ ein Anspruch auf staatliche Sozialleistungen und auf Existenzsicherung direkt und nicht vermittelt über die Eltern zusteht, dann hätte dies Konsequenzen für unser gesamtes Sozialsystem. In jedem Fall schließt Politik für Kinder deren Recht auf eine angemessene und qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung in jeder Lebensphase ein. Ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen, auch für Kinder unter drei Jahren, sichert Eltern die Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsmarkt. Für die Kinder erschöpft sich dieses Recht aber nicht darin, in Abwesenheit der Eltern beaufsichtigt zu werden. Für Kinder könnte und sollte der Kindergarten auch ein Ort der vorschulischen Bildung und vielfältiger Möglichkeiten zum Lernen sein. Die Qualität von Kindergärten entscheidet über ihre Chancen in der Schule und im Leben mit. Dies dürfte insbesondere für die Kinder von Zuwanderern gelten. Nachhaltige Sozialpolitik investiert deshalb in die Bildung von Kindern und Jugendlichen. Der bedürfnisgerechte Zugang zu schulischer und außerschulischer Bildung sichert jedem Kind *seine* Chance. In einer sozialen Bürgergesellschaft haben Kinder ihrem Alter entsprechend auch das Recht, aktiv an der Gestaltung ihres Alltags

beteiligt zu sein: an der Gestaltung ihres Stadtteiles und ihrer Stadt, ihres Kindergarten oder auch ihrer Schule.

Neue Impulse für Arbeit und Soziales

Eine Expertise der Projektkommission Arbeit und Soziales der Heinrich-Böll-Stiftung. Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Diese Expertise erscheint im Juli 2001 als Sonderausgabe der Reihe „Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung“ bzw. als Beilage des Monatsmagazins „Kommune“. 1. Auflage, Juli 2001, 16 Seiten, www.boell.de]

Lst Hamburg: Workshop „Hauptsache Arbeit“

„Jeder Mensch hat eine Idee zur Sicherung der eigenen sozialen und ökonomischen Existenz in sich!“ – das war die Grundannahme eines 2-tägigen Workshops, den die Hamburger Landesstiftung *umdenken* im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Hauptsache Arbeit“ im Februar 2000 durchführte. Aufgrund der großen Resonanz wurde das Angebot mittlerweile ausgedehnt – mit dem Ergebnis des *1. Hamburger GründerInnen-Fitness-Centers*. Mit professioneller Hilfe sollen hier eigene Ideen zur Existenzsicherung gefunden und entwickelt werden.

Das GründerInnen-Fitness-Center ist ein Modellvorhaben und zunächst auf drei Jahre als unternehmerisches Gründungsprojekt angelegt. Die Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg wird bei diesem Vorhaben mit einer Anschubfinanzierung von der Wirtschaftsbehörde, der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds unterstützt und gefördert. Es ist Ziel des Projektes, die ökonomische Tragfähigkeit durch eigenwirtschaftliche Aktivitäten und kreative Ökonomie binnen drei Jahren zu erreichen.

[1. Hamburger GründerInnen-Fitness-Center der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg, Präsident-Krahnstr. 8, 22765 Hamburg, www.gruender-fitness-center.de]

4. Geschlechterdemokratie und Feminismus

Kongress „Geschlechterdemokratie 2000: Vielfalt der Visionen – Visionen der Vielfalt

Vom 3. bis 4. November 2000 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Studiengang Geschlechterstudien/Gender Studies der Humboldt-Universität zu Berlin den Kongress „Geschlechterdemokratie 2000“. Der Titel „Visionen der Vielfalt“ kennzeichnet die Grundidee des Kongresses – eine gendergerechte Politik sollte alle Geschlechter einbeziehen. Die zentralen Fragen des Kongresses lauteten: Wie kann Gesellschaft verändert werden und welche Umsetzungsmöglichkeiten bieten die verschiedenen politischen Konzepte, um Benachteiligungen abzubauen? In dialogisch orientierten und gemischtgeschlechtlichen Workshops wurde diesen Fragen, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur aus dem In- und Ausland, nachgegangen.

In ihrem Eröffnungsvortrag sah Christina Thürmer-Rohr, Professorin für Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik an der Technischen Universität Berlin, den taktischen und strategischen Vorteil in dem Konzept der Geschlechterdemokratie darin, den Fokus auf die demokratischen Defizite in unserer Gesellschaft zu legen. Damit würden Geschlechterfragen in den mainstream eingespeist und neue Bündnispartner gewonnen.

Tatsächlich liegt eine große Stärke des Ansatzes der Geschlechterdemokratie darin, dass er als politisches Konzept in hohem Maße irritiert und provoziert. Mit dem reframing von frauen- und geschlechterpolitischen Themen werden genuine Fragen von Demokratieentwicklung als Teil männlicher Verantwortung deutlich und damit thematisierbar gemacht. Und dies, ohne dabei auf eine explizit feministische Analyse zu verzichten!

Der schwedische Männer- und Geschlechterforscher Jeff Hearn, Professor für Economics and Business Administration, machte in seinem Beitrag deutlich, dass erst wenige Männer auf diesem Feld wissenschaftlich und politisch-praktisch tätig seien.

Aber diese – quantitativ betrachtet – kleine und heterogene „Männerbewegung“ böte gute Ansätze für die zukünftige Bildungsarbeit.

Von den zahlreichen Workshops wie „Gewalt in den Geschlechterverhältnissen“ und „Geschlechtermythen in der Kunst“, fand insbesondere der Workshop zum Thema „Jugend, Erwachsen-Werden“ große Resonanz. Der methodische Ansatz ermöglichte einen intensiven Austausch über drängende Generationenfragen und verschiedene Zugänge zum Erwachsenwerden.

Zum besonderen Konzept der Konferenz gehörte auch die Einbeziehung künstlerischer Beiträge. Sie sollten Erkenntniswege öffnen, das Profil des Konzepts „Geschlechterdemokratie“ schärfen und dessen Bekanntheitsgrad erhöhen. Die Dokumentation der Konferenz erscheint im Sommer 2001 als Buch und ist dann bei der Heinrich-Böll-Stiftung und im Buchhandel erhältlich.

[„Mein Traum ist, dass die Bekämpfung der Gewalt in den Geschlechterverhältnissen ein Ausgangspunkt für neue Solidaritäten zwischen beiden Geschlechtern werden könnte. Dafür könnte das Programm der Geschlechterdemokratie einen Rahmen und einen Ort bieten, wo Frauen endlich hören können, was Männer bislang nicht zu sagen wagten.“
Hans Joachim Lenz]

Vom 4. bis 6.12. 2000 fand der internationale Kongreß „Geschlechterdemokratie als Herausforderung an Männer und Frauen für das 21. Jahrhundert“ in El Salvador statt. Die spanisch-sprachige Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung ist in der Reihe *ediciones boell* des Regionalbüros San Salvador in kleiner Zahl über die Bundesstiftung erhältlich.

Geschlechterdemokratische Dialoge

Den Auftakt für die Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“ bildete eine Diskussion zu „Idee und Theorie von Geschlechterdemokratie“ im April vergangenen Jahres. Die Reihe ist eine Kooperation mit der Wochenzeitung „Freitag“. Auf der ersten Veranstaltung diskutierten die Frauenforscherin Dr. Helga Lukoschat und der Männerforscher Dr. Peter Döge über die Entstehung und den theoretischen Hintergrund von Geschlechterdemokratie. Das Thema „Hegemoniale Männlichkeit und Parteiarbeit“ stand im Mittelpunkt des zweiten Dialoges mit Volker Beck, dem rechtspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und Michaela Lindner,

vor der Geschlechtsumwandlung Bürgermeister von Quellendorf, nun Bezirksverordnete für die PDS in Berlin-Kreuzberg. Erörtert wurden persönliche Erfahrungen, rechtliche Rahmenbedingungen und politische Forderungen jenseits heterosexueller „Normalität“. Katharina Heuer von der debis AG und Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, diskutierten im dritten Dialog über Gender-Mainstreaming in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Kernfragen waren das heißdiskutierte Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sowie andere Formen der Umsetzung von Geschlechterdemokratie. Der letzte Dialog im Jahr 2000 behandelte ein internationales Thema: „Gender-Mainstreaming + Empowerment = Geschlechterdemokratie?!“. Vertreterinnen der Commission on Gender Equality aus Südafrika und der Europäischen Union diskutierten u.a. die Frage, inwieweit rechtliche Rahmenbedingungen zu politischem Empowerment führen und ob die Bundesrepublik bezüglich innovativer Geschlechterpolitik ein Einwicklungsland ist. Eine Anthologie der wichtigsten Beiträge ist in der Schriftenreihe „Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung“ voraussichtlich ab Herbst 2001 erhältlich.

Meilensteine des Machtgewinns – „From Seattle to Beijing“

In Zusammenarbeit mit *Women in Development* (WIDE) organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2000 ein Seminar, in dessen Mittelpunkt die Frage stand, wie die negativen Folgen makroökonomischer Globalisierungsprozesse auf Frauen zu mindern und wie die wirtschaftlichen Menschenrechte von Frauen bei zunehmender Globalisierung aufrechtzuerhalten seien. Es nahmen etwa zwanzig Vertreterinnen von Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung im Süden teil sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von etwa ein Dutzend Frauenorganisationen in Europa. Das Seminar unterteilte sich in drei Bereiche: einem sog. Crash-Kurs zur 'wirtschaftlichen Alphabetisierung' der Teilnehmerinnen in bezug auf Globalisierungsprozesse (Geschichte, Prozesse, Strukturen und Mechanismen der Globalisierung), der Analyse der Folgen von Globalisierungsprozessen auf Frauen anhand konkreter Fallbeispiele aus

dem Süden und Norden und strategischen Überlegungen zur Frage, wie Frauen mehr Einfluss auf Demokratisierungsprozesse ausüben können, insbesondere im Rahmen der UN-Konferenz "Peking+5" in New York. Zum Thema Peking+5 erschien im September 2000 auch eine von der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegebene Analyse nebst Textsammlung von Christa Wichterich mit dem Titel „Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen“; die Broschüre ist bei der Stiftung erhältlich.

[„ Fünf Jahre nach Peking zeigt sich, dass das Interesse der Regierungen und der Öffentlichkeit für eine Durchsetzung von mehr Geschlechtergerechtigkeit deutlich nachgelassen hat.“ Annekathrin Linck

Wir wollen unsere Rechte jetzt - und zwar mit Zinsen. Fünf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking. Von Christa Wichterich. *Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr.5, 128 Seiten, Berlin 2000.* www.boell.de]

Bildung und Vernetzung von Frauen in Mittelamerika

Die politische, rechtliche und sozioökonomische Benachteiligung der Frauen in Mittelamerika hat zur Folge, dass ein Großteil der Frauen die vorhandenen Partizipationsrechte nicht wahrnehmen und sich nicht gegen Diskriminierung wehren kann. Darum liegt ein Schwerpunkt der Bildungs- und Beratungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung auf der Stärkung von Selbstbewusstsein und Durchsetzungskraft von Frauen, der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten und der Ermutigung zur Selbstorganisation.

In Mexiko arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung mit ***Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC)***, einem nichtkommerziellen Informationsdienst mit Nachrichtenagentur und Dokumentationszentrum, zusammen. Hauptanliegen von CIMAC ist die Förderung einer demokratischen, nicht-sexistischen bzw. nicht-diskriminierenden Berichterstattung in den Medien. Ein wichtiges Resultat der mehr als zehnjährigen Informations- und Medienarbeit von CIMAC ist die Gründung des Netzwerkes *Red Mexicana de Periodistas*. Mittlerweile arbeiten in diesem Netzwerk rund 350 Presse-, Fernseh- und

Radiojournalistinnen und -journalisten in 30 der insgesamt 32 mexikanischen Bundesländer zusammen.

Als Nachrichtenagentur ist CIMAC in rund 100 Medien der mexikanischen Presse, des Radios und Fernsehens präsent. Über zahlreiche Veröffentlichungen im Internet sowie über die [CIMAC-Homepage](#) werden Berichte, Reportagen, Dokumentationen und Nachrichten des Informationsdienstes verbreitet.

Die Heinrich-Böll-Stiftung beabsichtigt mit CIMAC eine längerfristige Kooperation in der Information und Berichterstattung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“, zu ausgewählten nationalen und internationalen Konferenzen und zur NAFTA-Beobachtung.

Asociación de Mujeres Rurales (ASMUR) und Sistema Económico Social (SES)

In El Salvador unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung seit mehreren Jahren die Aus- und Weiterbildung sowie die Selbstorganisation von Frauen in einem früheren Kriegsgebiet, das heute von ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfern der Befreiungsbewegung FMLN und deren Familien bewohnt und bewirtschaftet wird. Die Weiterbildungen betreffen den organisatorischen und produktiven Bereich, daneben wurde die Einrichtung von Kindergärten und ein Alphabetisierungsprogramm gefördert. Seit dem vergangenen Jahr gibt es auch Lehrgänge und Starthilfen für die Einrichtung von Kleinbetrieben. Während des verheerenden Wirbelsturmes *Mitch* im Jahre 1998 haben die Projektpartnerinnen erheblich zur Evakuierung und Versorgung von Tausenden beigetragen und danach an den Wiederaufbaumaßnahmen – auch mit Hilfe der Heinrich-Böll-Stiftung – mitgewirkt.

Frauenpolitische Studienreise nach Brüssel

Was bringt Europa ihren Bürgerinnen? Bislang gibt es weder eine EU-Kommissarin für Frauenbelange oder einen Frauenministerrat noch fanden Frauenbelange in angemessenem Umfang Eingang in die EU-Verträge. Um der Frage etwas näher zu kommen, organisierte das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung NRW eine fünftägige Studienreise nach Brüssel.

Angesprochen wurden Multiplikatorinnen, die sich in ihrem Wirkungsfeld (Verwaltung, Politik, Arbeit und Soziales) für die Gleichstellung von Frauen und Männern und den Abbau von Frauenbenachteiligung einsetzen. Mit Elisabeth Schroedter und Hiltrud

Breyer (Die Grünen im Europäischen Parlament), Expertinnen der Europäischen Kommission und Frauen-NGOs wurde u.a. über folgende Fragen diskutiert: Welche Modelle der Gleichstellung werden auf europäischer Ebene entwickelt und umgesetzt? Wie können diese auf lokaler Ebene angewandt werden? Welche Frauenförderpolitik verfolgt die EU?

[Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund, www.boell-nrw.de]

„Über den Unterschied zwischen Männern und Frauen“ – Reihe der Petra-Kelly-Stiftung

Im Jahr 2000 lag ein Hauptschwerpunkt der Arbeit der bayrischen Petra-Kelly-Stiftung auf der Betrachtung des Unterschieds zwischen Männern und Frauen. Neben mehreren kleineren Veranstaltungen fand in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten der Münchner Universität eine dreiteilige Fachkonferenz zum Thema „klein? groß? oder gar nicht - Über den Unterschied zwischen Männern und Frauen“ statt. Als Auftakt wurden die neuesten Erkenntnisse der Gender-Debatte in einer Konferenz – nur für Frauen – vorgestellt und diskutiert. Weil Männer bei Frauentreffen oft ausgeschlossen sind, hatten sie einen eigenen Termin, bei dem es um die Frage "Was bedeutet die biologische Differenz für den Mann 2000?" ging. Bei der Abschlussveranstaltung suchten Frauen und Männer gemeinsam im Dialog ein Fazit. Was erhoffen sich Frauen von Männern und wie wollen Männer mit Frauen zusammenleben? Ist ein zeitgemäßer Geschlechtervertrag möglich? Abgerundet wurde die Reihe mit einem Auftritt des 1.FC Heidelberg, einem Frauenchor mit Witz und Aberwitz. Die ganze Reihe stieß auf großes Interesse und die Idee, Frauen und Männer erst getrennt und dann miteinander reden zu lassen, hat sich bewährt und soll wiederholt werden.

„Anständige Leute“ – Moral, Geschlecht und Lebensart BRD und DDR zwischen Nachkrieg und Vorwende

In den beiden deutschen Staaten gelten die 50er und 60er Jahre als moralisch rigide, sei es unter dem Vorzeichen von sozialistischer Moral oder dem der kleinbürgerlichen

Wohlanständigkeit. Unter der Perspektive eines geschlechterdifferenzierten Ansatzes stellte die Tagung „Anständige Leute“ vom 2. bis 3. Dezember 2000 auf der Galerie der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung die verschiedenen lebensweltlichen, alltagsgeschichtlichen und „offiziellen“ Codizes vor, die Ausdruck einer als fortschrittlich, rational und modern geltenden öffentlichen Moral waren. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR stellten wirtschaftlicher Aufbau, Konsum und Wohlstand zentrale Identifikationsfiguren dar. In beiden Gesellschaften wurden daher Konsum- und Genussgüter als gesellschaftliche Distinktionsmittel genutzt. Die Moralentwürfe, die das politische und ökonomische System beider Staaten begleiteten, artikulierten sich im familiären wie im privaten Binnen- ebenso wie im öffentlich organisierten und kontrollierten Stadtraum. Der Arbeitsalltag von Frauen, ihre Eigen- und Fremdwahrnehmung wurden ebenso diskutiert wie symbolische Traditionen und Deutungen von männlicher Körperlichkeit und ihre Einbettung in Moral und Sittlichkeit. Zu den Referentinnen und Referenten gehörten u.a. Young-sun Hong, Barbara Duden, Christine Eifler, Detlef Siegfried und Susanne zur Nieden.

5. Migration und Demokratische Partizipation

Gemeinschaftsaufgabe Migration

Die Heinrich-Böll-Stiftung orientiert sich in ihrer Arbeit am Leitbild einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft: d.h. diskriminierende Strukturen zu ändern und Politik, Gesellschaft und Ökonomie dahingehend zu gestalten, daß sie Orientierung ermöglichen und geeignete Formen und Maßnahmen des Zusammenlebens entwickeln. Statt auf die Lösung eines „Migrationsproblems“ ist der neue Fokus also auf die Anerkennung eines spezifischen demokratischen Defizits gerichtet. Die Steuerung und Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse stellen aus dieser Perspektive besondere Anforderungen an alle Gesellschaftsbereiche. Konzeptionell betrachtet handelt es sich daher um eine „Gemeinschaftsaufgabe“. Für die Heinrich-Böll-Stiftung bedeutet dies, unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten solche gesellschaftspolitischen Diskurse zu initiieren oder zu unterstützen, die politische Veränderungen im o.g. Sinne bewirken. Neben Einzelprojekten und Veranstaltungen zu regionalspezifischen Herausforderungen und Problemstellungen im Ausland zielt der Europabereich der Stiftung im Kontext der EU-Osterweiterung auf die Debatte zur Vereinheitlichung der Asyl- und Migrationsrechte auf europäischer Ebene. Zum Bereich der Gemeinschaftsaufgabe gehört auch die Nachwuchsförderung. Derzeit erstellen mehr als 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten im Bereich des Programmschwerpunktes Migration aus der Perspektive verschiedener Disziplinen wissenschaftliche Arbeiten. Dazu gehören Arbeiten über die Herausforderungen der Bildungspolitik unter interkulturellen Fragestellungen ebenso wie solche zu Rassismuserfahrungen, Fremdenfeindlichkeit und Zivilcourage. Stipendiatische Arbeitsgruppen („AG interkulturelle Kommunikation“, „AG Nation und Identität“) unterstützen den Schwerpunkt im Bereich der Nachwuchsförderung.

Innerhalb der Stiftung wird mit Elementen der Gleichstellungspolitik und mit Methoden der interkulturellen Organisationsentwicklung gearbeitet: Eine Quote von mindestens 10 Prozent Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht-deutscher Herkunft ist in der Satzung festgelegt; Qualifizierungsangebote, die mit dem Verein „Eine Welt der Vielfalt“ entwickelt wurden, sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung in

migrationsspezifischen Fragestellungen sensibilisieren und weiterbilden. Lernziel: der Umgang mit und die Gestaltung von Kulturunterschieden und ethnischer Vielfalt. Langfristig sollen im demokratischen Rahmen kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Werte sowie Arbeits- und Kommunikationsstile erkannt, als Synergiechance begriffen und in die eigenen Arbeitskonzeptionen integriert werden. Im Kontext interkultureller Kommunikation geht es um das Aushandeln neuer Regeln des Umgangs, die für alle Beteiligten akzeptabel sind.

Im Jahr 2001 wird die Gemeinschaftsaufgabe durch den Schwerpunkt Interkulturelles Management erweitert. Der neue Teilbereich zielt auf die interne Qualitätssicherung und die zusätzliche Kompetenzentwicklung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit kultureller Vielfalt und Interkulturalität innerhalb der Stiftung wie auch in der Arbeit mit den Projektpartnern im In- und Ausland. Geplant ist ein Serviceangebot von individuellem interkulturellem Coaching bis zu maßgeschneiderten Trainingsmaßnahmen und projektbezogenen Beratungen.

[Infos: wagner.georges@boell.de]

Muslime und moderne Gesellschaften

Veranstaltungsreihe des Bund-Länder-Projektes

Die Gestaltung des Zusammenlebens mit den Muslimen in Deutschland berührt einen besonders relevanten Aspekt des Problems einer gezielten Neugestaltung des Einwanderungslandes Deutschland: Es geht um die Mechanismen und Regeln des Lebens in einer kulturell pluralen, rechtsstaatlichen Demokratie mit ihren wechselseitigen Verpflichtungen und Anforderungen gegenseitiger Anerkennung. Die öffentliche Diskussion über den Islam und das Zusammenleben mit Muslimen ist keineswegs abgeschlossen, neue Ereignisse und neue Kontexte tragen zur ständigen Entwicklung der Diskussion bei. Auf Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung und vier ihrer Landesstiftungen – Bayern, Berlin, Hessen und Niedersachsen – wurden von Herbst 1999 bis Sommer 2000 Vortragsveranstaltungen gemeinsam mit weiteren örtlichen Kooperationspartnern durchgeführt, um die öffentliche Debatte über die neue gesellschaftliche Realität – im Dialog mit muslimischen Intellektuellen und Vertretern

muslimischer Organisationen – zu stärken. Den Abschluss der Veranstaltungsreihe im Mai 2000 bildeten zwei Konferenzen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit Folgen und Anforderungen der Erweiterung des kulturellen und religiösen Spektrums unserer Gesellschaft auseinander setzten. Die Berliner Konferenz „Religion und Gesellschaft der Zukunft – Europäische Muslime melden sich zu Wort“ gab einen Überblick über Entwicklungen in verschiedenen Ländern Europas. Dabei kamen sowohl Fragen der konkreten Gestaltung des Zusammenlebens in einer multireligiösen Gesellschaft als auch die Dynamik innerhalb der muslimischen Gemeinschaften zur Sprache. Die Konferenz in Frankfurt am Main „Muslime in Deutschland“ orientierte sich an konkreten Debatten, wie sie aktuell in Deutschland stattfinden. Zu den einzelnen Themen berichteten Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Ländern Westeuropas über die dortigen Erfahrungen. Zur Einführung stellte Heiner Bielefeldt seine These zur Diskussion, daß der säkulare Rechtsstaat als eine unerlässliche Voraussetzung für eine politische Gestaltung des religiösen und weltanschaulichen Pluralismus verteidigt und ausgebaut werden muss.

[Zur Einführung in diesen Themenkreis können die Beiträge von Heiner Bielefeldt und Tariq Ramadan im Internet unter www.boell.de und www.hgdoe.de abgerufen werden.]

Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden. Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune

Wo in den 70er und 80er Jahren protestierende Bürger dem Staat etwas abtrotzen mussten, bittet heute die Kommune die Bürger teilweise um Mitarbeit. Tatsächlich sind bürgerschaftliches Engagement und Leitbilder wie die der *Bürgerkommune* notwendig, um Politikverdrossenheit abzubauen und zentrale Probleme des Gemeinwesens zu lösen. Das Buch von Lars Holtkamp, der durch seine wissenschaftliche Forschung wie durch eigene politische Praxis im Thema zu Hause ist, prüft die vorhandenen Werkzeuge für Bürgerbeteiligung auf ihre Eignung hin und macht Vorschläge für den zweckmäßigen Einsatz in der kommunalen Politik. Leitfrage des Autors ist, wie Bürgerbeteiligung gestaltet sein muß, damit die Beteiligungsangebote für die

Bürgerinnen und Bürger auch zu positiven Erfahrungen führen. Die Bürgerkommune bleibt das Ziel. Dieses Buch könnte ein erster Wegweiser zu diesem Ziel sein.

[Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden. Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune.

Von Lars Holtkamp. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. 1. Auflage, Berlin 2000, 160 Seiten, Preis: DM 12,-, ISBN 3-927760-37-4, www.boell.de]

Politik-Management vor Ort

Politik ist ein schwieriges „Geschäft“. Oft fehlen die notwendigen Vorkenntnisse, und politische Lust mutiert schnell zu chronischem Frust. Das „Politik-Management vor Ort“ ist ein Qualifizierungsprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung, das für Gruppen und kleine bzw. mittlere Organisationen im grünen Umfeld entwickelt wurde. Es wendet sich an politisch Aktive an der Basis sowie an Personen in Leitungsfunktionen. Die berufsbegleitenden und praxisorientierten Veranstaltungen vermitteln Grundlagenwissen zu den Aufgabenfeldern Vorstandsarbeit, Geschäftsführung, Öffentlichkeitsarbeit, Moderation, Veranstaltungsleitung, Arbeitsorganisation sowie Arbeit mit dem Internet. In den Seminaren werden bestehende Defizite analysiert, neue realisierbare Wege aufgezeigt und praktikable Methoden und Instrumente ausprobiert. Das Qualifizierungsprogramm verfolgt im wesentlichen das Ziel, Politik effizient, demokratisch und kreativ zu gestalten. Die Qualifizierung von Einzelnen, insbesondere von Führungskräften, soll auch die Kultur von politischen Organisationen verbessern. Die Angebote sollen Impulse und Grundlagen bieten, um die entstehenden Veränderungen in den Organisationen deutlich zu machen und neue Strukturen im Sinne einer „Lernenden Organisation“ zu schaffen. Informationen geben die Landesstiftungen.

Kommunalpolitische Infothek

Kommunales Fachinformationssystem im Internet

Seit Januar 1999 betreibt die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnerinnen und -partnern die „Kommunalpolitische Infothek“, ein Fachinformationssystem im Internet. Wichtigster Bestandteil der Infothek ist eine öffentliche Datenbank, die Fachtexte zu über 30 Sachgebieten der Kommunalpolitik, Literaturhinweise und Rezensionen sowie Internet-Adressen bereithält. Die Fachtexte sowie die zweiwöchentlich aktualisierten Nachrichten machen die Infothek zu einer Online-Fachzeitschrift. Ebenso ist sie ein Instrument zur Recherche von Fachliteratur, die teilweise auch rezensiert ist. Durch die Möglichkeit, nach Internet-Adressen zu suchen, wird sie schließlich auch zum Internet-Fachkatalog. Auffindbar sind die Dokumente nach Sachgebieten und anhand eines umfangreichen Schlagwort-Katalogs. In Kürze wird es auch ein Glossar zum Nachschlagen von Fachbegriffen geben. Darüber hinaus sind interaktive Elemente im Aufbau, die es ermöglichen, Kontakte zu Fachleuten zu knüpfen sowie an Diskussions- und Beratungsforen teilzunehmen. Für das Jahr 2001 ist zudem die Eröffnung eines Forums zum Thema „Verkehrspolitik“ geplant, auf dem Expertinnen und Experten knifflige Fragen beantworten und die Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort austauschen können. Schon länger steht ein „Schwarzes Brett“ für allgemeine Anfragen und Ankündigungen bereit. Die Infothek soll in erster Linie die praktische politische Arbeit vor Ort unterstützen, richtet sich also an Aktive in Stadträten, Kreistagen und Ausschüssen sowie an Mitglieder von Bürgerinitiativen. Doch auch Hauptamtliche in Verwaltungen, Lehrerinnen und Lehrer, Schüler und Studierende sowie politisch Interessierte sollen von der Infothek profitieren. Der Spagat, sowohl Basisinformationen zu präsentieren, die keinerlei Vorkenntnisse voraussetzen, als auch spezialisierte Fachinformationen, kann in der Aufbauphase nicht überall gleich gut gelingen. So wird weiter daran gearbeitet, die Lücken zu schließen und durch Diskussions- und Beratungsangebote auch Fragen zu beantworten, die die Datenbank selbst nicht lösen kann. Dabei wird großer Wert auf das kritische Feedback der Nutzerinnen und Nutzer gelegt. Ohne fachlich versierte Kooperationspartnerinnen und -partner wäre ein solch anspruchsvolles Projekt nicht möglich. An erster Stelle ist hier die Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“ zu nennen, die seit 20 Jahren die grün-alternative Politik vor Ort fachlich begleitet und unterstützt. Sie zeichnet für die Mehrzahl der Fachtexte und für die Nachrichten verantwortlich. Wichtige Partner sind auch der Arbeitskreis

Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) und verschiedene grün-alternative kommunalpolitische Vereinigungen.

[\[www.kommunale-info.de\]](http://www.kommunale-info.de)

Tagung „Bürgerschaft und Differenz“

Zu den Konstruktionen von „Geschlecht“ und „Rasse“ im Recht.

Die Bedeutung von Bürgerschaft und die angemessene Berücksichtigung von Differenz sind weltweit von höchster Aktualität. Angesichts globaler Migration mit den bekannten Ausgrenzungsproblemen und angesichts anhaltender geschlechtsbezogener Diskriminierung stellen sich auch in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend Fragen nach dem juristischen Umgang mit “Rasse” und “Geschlecht”. Mit diesem Thema beschäftigte sich auch die Arbeits- und Studientagung „Bürgerschaft und Differenz“, die von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin – Projekt Feministische Rechtswissenschaft – in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Frühjahr 2000 veranstaltet wurde. Das erste Forum befasste sich mit der Wirklichkeit von Geschlecht und Ethnie in der Bundesrepublik Deutschland heute. Im anschließenden Forum wurden Verständnis und Konstruktion von Differenzen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven erörtert. Auf dem dritten und vierten Forum folgte die Vorstellung von Analysen verschiedener Rechtsgebiete und im abschließenden Podium beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Erfahrungen und praktischen, sozialen und politischen Perspektiven im Umgang mit Bürgerschaft und Differenz. Auf der Tagung wurde insbesondere jungen Wissenschaftlerinnen die Möglichkeit gegeben, ihre Arbeiten zur Diskussion zu stellen. Damit verfolgte die Tagung auch das Ziel, wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und den wissenschaftlichen und politischen Diskurs geschlechterdemokratisch einer neuen Generation zu öffnen. Zu den Referentinnen und Referenten gehörten u.a. Eleonora Zielinska, Professorin für Rechtswissenschaft an der Universität Warschau, Andrea Maihofer, Privatdozentin der Soziologie aus Frankfurt, und Antke Engel, Philosophin aus Potsdam.

6. Menschenrechte, Zeitgeschichte und Zukunft der Demokratie

Iran nach den Parlamentswahlen – Die Reformdynamik in der Islamischen Republik

Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000

Spätestens seit der Wahl des Staatspräsidenten Chatami im Mai 1997 und spätestens nach dem erdrutschartigen Sieg der Reformer bei den Parlamentswahlen im Februar 2000 deutet sich in der Islamischen Republik Iran ein Aufbruch, eine Wende an. Vor diesem Hintergrund hat die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Haus der Kulturen der Welt im April 2000 zu einer Konferenz „Iran nach den Wahlen“ eingeladen. Die Veranstaltung sollte der Information über die Vorgänge im Iran und dem politischen und kulturellen Austausch zwischen iranischen Reformern, der deutschen Öffentlichkeit und dem iranischen Exil dienen. Die 17 Rednerinnen und Redner aus dem Iran repräsentierten das breite Spektrum der Reformbewegung: sie kamen aus dem religiösen wie aus dem säkularen Lager. Auch der Dialog zwischen diesen beiden Gruppen war ein zentraler Gedanke bei der Planung der Konferenz. Dass dieser Ansatz auf ein enormes öffentliches Interesse stieß, bewiesen die mehr als tausend Teilnehmer und die große Medienresonanz schon im Vorfeld der Tagung. Die von vielen Seiten mit großen Erwartungen begleitete Konferenz wurde allerdings überschattet von den Aktionen einer Minderheit, die im Namen des „revolutionären Widerstands“ alles daran setzte, den Dialog über eine von innen kommende, verschiedene gesellschaftliche und geistige Strömungen umfassende Reform des Iran zu unterbinden. Diese Aktionen trafen sich mit den Interessen der islamischen Rechten im Iran – wie die darauf folgende Instrumentalisierung der Störungen der Konferenz durch das iranische Staatsfernsehen und die fundamentalistische Machtfraktion zeigte. Die Opposition im Iran braucht eine offene Debatte, gerade deshalb sind Intellektuelle und die unabhängige Presse das bevorzugte Ziel der konservativen Repression. Die iranische Reaktion gegen die Konferenz und die teilnehmenden Intellektuellen und Künstler macht deutlich, wie begrenzt der Raum zur politischen Auseinandersetzung im Iran nach wie vor ist: Alle Referentinnen und Referenten aus dem Iran wurden von den Justizbehörden in Teheran angeklagt und vielfältigen Repressalien ausgesetzt. Gegen die Berliner Konferenz wurde eine Diffamierungskampagne inszeniert, die vor allem

gegen den gemeinsamen öffentlichen Auftritt von Reformern aus dem islamischen Spektrum mit säkularen Intellektuellen gerichtet war. Elf der Angeklagten wurden in erster Instanz zu Gefängnisstrafen bis zu 11 Jahren verurteilt. Gegen den Reformgeistlichen Yussevi Eshkevari wurde ein islamisches Sondertribunal durchgeführt; das Urteil der ersten Instanz wurde nicht veröffentlicht. Laut iranischen Presseberichten wurde Eshkevari zum Tode verurteilt; anschließend sei das Urteil von einem Revisionsgericht aufgehoben worden. Es gibt begründete Hinweise, dass einige Angeklagte mit Isolationshaft und Gewalt zu „Geständnissen“ gepresst werden sollten. Die dokumentierten Prozessprotokolle erinnern an klassische politische Schauprozesse. Sie signalisieren, dass den Fundamentalisten jedes Mittel recht ist, um die Reformbewegung zurückzuwerfen und die Herrschaft zu behaupten. Die Verurteilten verkörpern einen repräsentativen Querschnitt von reformorientierten Intellektuellen, als da sind: ein Geistlicher, Journalisten, Schriftsteller, die bekannteste Verlegerin des Landes, ein Sprecher der Studentenbewegung und eine Anwältin, die sich durch ihren Einsatz für die Rechte der Frauen auszeichnet. Es liegt auf der Hand, dass mit diesen Personen die gesamte Reformbewegung getroffen werden soll.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich in zahlreichen Stellungnahmen, Pressekonferenzen und Briefen an die Verantwortlichen im Iran für die verfolgten Gäste der Berliner Konferenz eingesetzt und die sofortige Freilassung der Gefangenen und die Einstellung sämtlicher Verfahren im Zusammenhang mit der Berliner Konferenz gefordert. Die Stiftung wird ihr Iran-Engagement fortsetzen, so gut das unter den aktuellen Bedingungen möglich ist. Die Förderung des zivilgesellschaftlichen Dialogs und entsprechender Initiativen z.B. in den Bereichen Umweltschutz, Medien und zur gesellschaftlichen Situation von Frauen werden im Zentrum der künftigen Iran-Arbeit der Stiftung stehen.

[Die Konferenzbeiträge und die Debatte, die durch die Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung ausgelöst und zum Teil sehr heftig geführt wurde, sowie die Prozessprotokolle sind in einem Buch dokumentiert: *Iran nach den Wahlen. Eine Konferenz und die Folgen*. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit einer Einführung von Sonia Seddighi und einem Beitrag von Peter Philipp. Übersetzungen: Bahman Nirumand. Verlag Westfälisches Dampfboot. 1. Auflage, Münster 2001, 268 Seiten, DM 36,- (€ 18,-), ISBN 3-89691-506-1]

Sonderpreis für Zivilcourage an Flora Brovina

Am internationalem Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2000, wurde der kosovarischen Ärztin und Schriftstellerin Flora Brovina der Sonderpreis für Zivilcourage auf dem Balkan verliehen. Der mit 15 000 Mark dotierte Preis, gestiftet von einem nicht genannt werden wollenden Spender, wurde vom Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung überreicht. Die Menschenrechtlerin war wenige Wochen zuvor nach 19 Monaten aus serbischer Haft entlassen worden. Mit dem Preis wurde ihr langjähriger Einsatz für Menschenrechte, Völkerverständigung und Gewaltfreiheit gewürdigt. Seit 1990 setzt sich Flora Brovina unerschrocken und unermüdlich für die Menschenrechte ein. 1992 gründete sie die unabhängige Nichtregierungsorganisation „Liga der albanischen Frauen“, deren Vorsitzende sie bis heute ist. Die „Liga“ organisiert Kurse zur Alphabetisierung und Gesundheitserziehung, Lesungen und Ausstellungen. In einer Situation sich zuspitzender Gewalt rief Flora Brovina 1998 zu Frauendemonstrationen für Gewaltfreiheit und Dialog auf. Im März 1998 gründete sie in Pristina das Nothilfezentrum Prihvatni (Zuflucht) für Frauen und Kinder, die aus ihren Wohnorten vertrieben worden waren. In diesem Zentrum wurde sie im April 1999 verhaftet und nach Serbien deportiert. Angeklagt wegen „Verschwörung und Unterstützung terroristischer Banden“, verurteilte man sie im Dezember 1999 zu 12 Jahren Haft.

Gerd Poppe, der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, hob in seiner Rede den unermüdlichen Einsatz von Flora Brovina hervor: *„Sie haben sich in einer Diktatur für Demokratie und Menschenrechte, für Toleranz und Verständigung eingesetzt. Sie haben die „Albanische Frauenliga“ gegründet und damit in einer männlich dominierten Gesellschaft den Frauen ein Forum gegeben. Sie haben Frauen und Kindern Hilfe in der Not geleistet, den aus ihrer Heimat Vertriebenen, den Kindern, deren Eltern tot oder vermisst waren. Sie haben selbst friedlichen Widerstand geleistet, haben im März 1998 die große Friedensdemonstration von Frauen organisiert, wurden verletzt und misshandelt und entschieden sich dann, als die serbischen Sicherheitskräfte ihre groß angelegte Terror- und Vertreibungsstrategie umzusetzen begannen, im Kosovo bei den Menschen, die Ihre Hilfe brauchten, zu bleiben und nicht ins Ausland zu fliehen.“*

In ihrer Laudatio betonte Sonja Biserko, Menschenrechtlerin aus Belgrad und im Vorstand der Internationalen Helsinki-Föderation, in all den Jahren habe es auf beiden Seiten Menschen gegeben, die miteinander gesprochen hätten und Freunde geblieben wären. Das sei ein dünner Faden, aber auch ein Pfand für ein gegenseitiges Verstehen von Serben und Albanern. Am Schluss ihrer Rede zitierte sie Flora Brovina: *„Wir müssen anfangen, uns gegenseitig zuzuhören. Damit wir uns kennenlernen, denn wir, Serben und Albaner, lebten so lange Zeit nebeneinander und kennen uns noch nicht.“*

Flora Brovina

Frau

Was bewahrst du
In der Blässe des Gesichts
In der Blutleere des Wortes
Was verbirgst du

Die zehnte Leibesfrucht
Oder deine Jahre

Was bewahrst du
In der Blässe des Gesichts
Die Stimme deines Mannes
Oder versäumte Zärtlichkeit

Was bewahrst du in der Blutleere des Worts
Das verschwiegene Lied
Oder einen Frühling der aus und vorbei ist

Was bewahrst du
Wenn du die Zeit schaukelst in der Wiege
Was bewahrst du

Was versteckst du

Über die Preisverleihung ist eine kleine Broschüre erschienen, die unter info@boell.de bestellt werden kann.

Informationen zum Förderkreis: walch@boell.de

„Wir sollten lernen, mit Waffen zu kämpfen, bei denen es sich um zivilisatorische Werte handelt und durch die niemand zu Schaden kommen kann – ganz im Gegenteil: durch die wir alle nur gewinnen können.“ Flora Brovina]

Rudi-Dutschke-Konferenz vom 21. bis 22. Januar 2000

Anlässlich des 20. Todestages von Rudi Dutschke am 24. Dezember 1999 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit u.a. mit Gretchen Klotz-Dutschke eine Konferenz im Haus der Kulturen der Welt in Berlin. Die Veranstaltung würdigte Dutschke als Sprecher der westdeutschen Studentenbewegung 1967/68 und versuchte eine kritische Bilanz der Studentenbewegung. Rednerinnen und Redner waren überwiegend Zeitzeugen, die Dutschke gekannt haben. In der Laudatio beschrieb Klaus Meschkat Dutschke als glaubwürdigen, gegenüber Blockdenken unabhängigen sozialistischen Moralisten, der sich auch als Kritiker heutiger Realpolitik lesen lasse. Den folgenden Konferenztag eröffnete Ulrich K. Preuss, Professor an der FU Berlin, mit einigen Thesen zu Wirkungen von '68, jenseits der Frage nach Erfolg oder Scheitern der studentischen „Mission“. Seiner Ansicht nach weiter wirkten das neue Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Sphäre, die Moralisierung von Politik sowie die Entstehung der sozialen Bewegungen als neue gesellschaftliche Akteure. Bernd Ulrich, Vertreter der „Nicht-Zeitzeugen-Generation“ und Journalist beim „Tagesspiegel“, postulierte, daß Dutschkes Ideologie und Sprache – das Radikale an ihm – wenig sympathisch war, das Sympathische wiederum nicht radikal, sondern womöglich christlich inspirierte Menschlichkeit. Drei Ostdeutsche kommentierten die Wahrnehmung Dutschkes und der westdeutschen Studentenbewegung seinerzeit unter Gleichaltrigen in der DDR, Dutschkes Herkunftsland: Während Guntolf Herzberg zeigte, dass sie in der entsprechenden zeithistorischen Literatur keine Resonanz gefunden hat, beschrieb Bernd Albani Politisierungseinflüsse im positiven Sinn. Gerd Poppe thematisierte die

Entfremdung gegenüber den westdeutschen Linken mit anti-amerikanischem Einschlag, denen die osteuropäische Problemsicht völlig fehle. Das Abschlusspodium geriet zu einer teilweise heftigen Auseinandersetzung darüber, ob und in welcher Weise heutige bündnisgrüne Regierungspolitik die Ideen und Intentionen der „68er“ vertritt, verbiegt oder verleugnet. Den Kern der Auseinandersetzung bildeten Fragen nach (persönlicher) politischer Moral und dem Postulat des Einzugs menschenrechtlicher Begründungen in die (internationale) Politik. Kristallisationspunkt war der NATO-Krieg im Kosovo.

[„Bei Lichte besehen ist `68 inzwischen tief historisch, im Sinne von versunken im Laufe der Geschichte. Zwar erinnern sich viele noch an die Zeit, und das ist ja auch gut so, aber von den Bedingungen, die die 68er vorfanden und auf die sie reagierten, existiert kaum noch eine.“ Barbara Sichtermann

„Was tatsächlich neu war, war das ungestüme, impulsive und leidenschaftliche Engagement erheblicher Teile der Bevölkerung in öffentlichen Angelegenheiten, etwas, was Deutschland lange Zeit nicht erlebt hatte. Noch überraschender war vielleicht der Umstand, dass die verbreitete Unzufriedenheit großer Teile der jüngeren Generation, vor allem der Studenten, sich nicht in nationalistischen, rassistischen oder anderen rechtsradikalen Ideologien niederschlug, sondern in Gestalt einer linken und liberalen Kritik an dem, was sie als undemokratische Strukturen der deutschen Gesellschaft identifizierten. Hält man sich die Unwilligkeit oder Unfähigkeit großer Teile des deutschen Bürgertums vor Augen, die Weimarer Republik im Jahre 1933 zu verteidigen, dann ist dieser Umstand als eine bemerkenswerte Errungenschaft anzusehen.“ Ulrich K. Preuß

„Was war an Rudi Dutschke sympathisch? Waren es seine politischen Vorstellungen? Ich glaube, diese Frage kann man rundheraus mit nein beantworten. Was er und seine Kommilitonen und Genossen wollten, war völlig unklar.“ Bernd Ulrich]

2. Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2000

Zukunftsaufgabe: eine nachbarschaftliche Gestaltung der EU-Grenzen

Vom 23. bis 24. November 2000 widmete die Heinrich-Böll-Stiftung ihre 2. Außenpolitische Jahrestagung dem Zukunftsthema der EU: der qualitativen Ausgestaltung der künftigen EU-Außengrenzen. Dienten sie in der Vergangenheit im Osten Europas vor allem der eindeutigen Abgrenzung der politischen Systeme, so sollen sie künftig die EU-interne Integration stützen, eine neue kooperative Nachbarschaft zu den angrenzenden Ländern gestalten helfen und die Stabilitätsperspektiven der angrenzenden Regionen verbessern. Im Zentrum der Tagung stand die Frage, wie die EU im Sinne einer „Gestaltung von Nachbarschaft“ ihre Grenzen auskleiden will, welche konzeptionellen Ansätze und Handlungsoptionen und, vor allem, welche politischen Träger es für grenzüberschreitende Kooperation gibt. Die aktuelle Ausgestaltung der EU-Grenzen im Mittelmeerraum begünstige ausschließlich eine negative Migration, fasste Jamila Houfaïdi Settar, Professorin für Internationales Recht aus Casablanca, ihren Beitrag zusammen, denn sie dränge die Verzweifelten in den illegalen Raum und blockiere die kreativen Möglichkeiten der Mobilität. "Der marokkanische Computer-Experte, dem ein Touristen-Visum für die Schengen-Länder verweigert wurde, wird nicht sein Leben riskieren, um illegal nach Europa zu kommen." Diese Art der Grenzgestaltung dürfe bei der EU-Erweiterung in Osteuropa nicht wiederholt werden, waren sich die Vertreter aus osteuropäischen Ländern schnell einig. Vielmehr müssten neue Formen nachbarschaftlicher Grenzgestaltung entwickelt werden. Mykola Riabchuk, Stellvertretender Chefredakteur der Zeitung Krytyka (Kiew) erläuterte die Problematik, die durch die Verschiebung der Grenzen nach Osten für die Ukraine entsteht. Gibt es heute noch einen offenen Grenzverkehr mit Polen, so wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach dem Beitritt Polens zur EU nicht zuletzt wegen des Schengen-Regimes erheblich erschwert werden. Beobachter befürchten gar eine Spaltung der Ukraine in einen westlich und einen östlich orientierten Teil. Kontrovers wurde immer wieder die Frage der Beziehungen zu Russland debattiert, das sich aufgrund der aktuellen Veränderungen (EU-Erweiterung, NATO-Erweiterung) in seinen Interessen und möglicherweise in seiner Sicherheit berührt fühlt. Die Diskussion machte aber auch klar: die EU wird in ihren neuen Grenzen eine andere Rolle in der Welt spielen und zunehmend als Global Player

aufzutreten. „Die von wirtschaftlicher Logik bestimmte Globalisierung ist ein amerikanisches Projekt, die ökologische und soziale Gestaltung der Globalisierung könnte ein europäisches Projekt sein“, brachte der Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit die Debatte auf den Punkt. „Dazu“, fügte er hinzu, „ist eine selbstbewusste und handlungsfähige EU notwendig.“

Demokratie und Menschenrechte in Nigeria

Die Gewährung von Menschenrechten ist ein Indiz für die Verankerung demokratischen Denkens und der gesellschaftlichen und politischen Transformation zu einem alle Bevölkerungsteile repräsentierenden Staat. Auch wenn 1999 eine demokratisch gewählte Regierung nach etlichen Jahren der Militärdiktatur die Macht in Nigeria übernommen hat, ist die politische Zukunft des Landes noch unklar. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen des Projektprogramms „Menschen- und Frauenrechte“ ist die Herausgabe des jährlichen Menschenrechtsberichtes der *Civil Liberties Organisation* (CLO) in Nigeria. Ein weiterer Aspekt der Arbeit liegt im Kampf gegen im Namen von Traditionen und nationalstaatlichen Interessen begangenen Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen an Frauen und anderen Bevölkerungsgruppen. So fördert z.B. der Projektpartner *Gender and Development Action* (GADA) die Selbsthilfe und Mobilisierungspotentiale von Frauen durch Aufklärung und Förderung von Rechtsaktivistinnen in ländlichen Regionen. Andere Organisationen, wie das *Civil Resource Development and Documentation Centre* (CIRDDOC), veranstalten Trainings für Rechtsberaterinnen (Paralegals) und unterstützen ihre Etablierung in juristisch unterversorgten Gebieten. In Form von Tribunalen und Veranstaltungen weisen sie zudem auf die Verletzung von Menschen- und Frauenrechten hin. Neben diesen Projektaktivitäten wird eine stärkere Vernetzung der auf diesem Gebiet arbeitenden Organisationen sowie verstärkte Diskussionen über Inhalte und Methoden der Menschenrechtsarbeit angestrebt.

„Status Quo Vadis? – Parteien zwischen Programmatik und Pragmatik“

Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung im Dezember 2000 in Stuttgart

Globalisierung, Individualisierung, Digitalisierung, demographischer Wandel, und Politikverdrossenheit sind nur einige Stichworte in der Diskussion um eine notwendige Neuorientierung parteipolitischer Programmatik. Mit dem Kongress „Status Quo Vadis?“, den die Landesstiftung Baden-Württemberg, die Petra-Kelly-Stiftung sowie die Bundesstiftung vom 15. bis 16. Dezember 2000 in Stuttgart veranstalteten, sollte ein Beitrag zu der Frage nach der grundsatzprogrammatischen Zukunft der Parteien geleistet werden. Der Kongreß ließ Vertreterinnen und Vertreter der jüngeren Generation aus Wissenschaft, Politik und Kunst zu Wort kommen, bot eine Plattform, um den Dialog zwischen Politik, Popkultur und Poptheorie in Gang zu bringen, und brachte profilierte Köpfe zusammen, die in ihrer jeweiligen Partei für programmatische Schärfe und gegen puren Pragmatismus eintreten. Teilnehmer waren unter anderem Reinhard Bütikofer, Tobias Dürr, Carolin Emcke, Ralf Fücks, Heiner Geißler, Richard Herzinger, Renate Künast, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Niombo Lomba, Dirk von Lowtzow, Bascha Mika, Peter Siller und Ute Vogt.

Unter dem Titel „Die neue Unübersichtlichkeit – Sind die Programmparteien am Ende?“ fragte der Kongress zunächst nach den äußeren Bedingungen von Programmatik. Unter dem Titel „Die Heimatlosigkeit der Politik – Haben die Parteien ihren Kompass verloren?“ stand am darauf folgenden Tag die Frage nach der Entwicklung der programmatischen Inhalte im Zentrum. In der *Late Lounge* „Digital ist besser, Öko ist out – Wie politisch ist die Popkultur?“ diskutierten schließlich junge Künstlerinnen und Künstler über ihr Politikverständnis und den Zusammenhang von Politik und Kunst. Umrahmt wurde die *Late Lounge* u.a. durch Lesungen von Feridun Zaimoglu und Eckhart Nickel.

Der Kongreß „Status Quo Vadis?“, das machte auch das Abschlusspodium deutlich, lieferte Anknüpfungspunkte für Folgeveranstaltungen, z.B. in den Fragen: Welche Substanz, welche Interpretationsspielräume und welches strategische Potential haben politische Leitbegriffe wie „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ oder „Solidarität“? Was steckt hinter dem Begriff von der „Modernisierung“, ohne den momentan keine politische

Grundsatzrede auszukommen scheint? Die Frage bleibt: Status Quo Vadis? [Infos: www.boell-ba-wue.de]

„Die Verfolgung Homosexueller im Dritten Reich“

Internationales Kolloquium in Berlin am 12. und 13. Februar 2000

Zwischen 1933 und 1945 wurden ungefähr 100.000 Männer wegen Homosexualität verhaftet. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass schwule Überlebende Opfer weiterer Verfolgung in der Nachkriegszeit waren, dass sie nicht als politische Gefangene anerkannt, sondern als Kriminelle eingestuft wurden, die gegen den bis 1969 gültigen Paragraphen 175 und 175a (Anklage wg. homosexueller Handlungen) verstoßen hatten. Selbstmord, Heirat oder vollständige Isolation waren häufige Reaktionen von Homosexuellen in den 50er und 60er Jahren. Bis heute ist Ausschluss und Nichtanerkennung von homosexuellen Opfern nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern gängige Praxis. In einem zweitägigen internationalen Kolloquium, veranstaltet von Heinrich-Böll-Stiftung, der Pink Triangle Coalition (PTC) und der International Gay and Lesbian Human Rights Commission (IGLHRC), rekonstruierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen nicht nur die Geschichte der Verfolgten, sondern erörterten auch aktuelle Erinnerungs- und schwule Politik. Geschichtswissenschaftliche Forschungen und ihre Perspektiven wurden vorgestellt und ebenso diskutiert wie die Rolle von Gedächtnis, Gedenkstätten und Museen bei der Erinnerung an die verfolgten Homosexuellen. Pierre Seel aus Toulouse und Gad Beck aus Berlin ergriffen die Zuhörenden durch ihre biographischen Berichte auf dem Zeitzeugenpodium „Überlebende und Widerstandskämpfer berichten“. Die in der Öffentlichkeit diskutierte Entschädigung von NS-Opfern bildete das Thema des abschließenden Runden Tisches der Mitglieder der Pink Triangle Coalition. Im Anschluss an das Kolloquium gab es die Möglichkeit, den Dokumentarfilm „Paragraph 175“ von Rob Epstein und Jeffrey Friedman zu sehen. Der Film, der im Rahmen des Panorama-Programms der Berlinale uraufgeführt wurde, stellt die persönlichen Geschichten von schwulen Männern und lesbischen Frauen vor, die von den Nazis verfolgt wurden.

[Die Pink Triangle Coalition (PTC) ist ein internationales Bündnis mit dem Ziel, Informationen über die Verfolgung homosexueller Frauen und Männer durch die Nazis zu sammeln und zu verbreiten sowie schwule und lesbische Nazi-Opfer vor den verschiedenen neugeschaffenen internationalen Fonds zu repräsentieren. Die Aufgabe von IGLHRC ist es, die Rechte aller Menschen und Gemeinschaften zu schützen und zu befördern, die Opfer von Diskriminierungen und Missbrauch sind aufgrund ihrer sexuellen Orientierung , Geschlechteridentität oder HIV-Betroffenheit.

Dokumentation: Der homosexuellen NS-Opfer gedenken. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit Beiträgen von George L. Mosse, Claudia Schoppmann, Katharina Kaiser, Klaus Müller, Frank Wagner, Thomas Rahe, Günter Grau und Rainer Hoffschildt. 1. Auflage, Berlin 1999, 176 Seiten, DM 10,- (€5,-), ISBN 3-927760-36-6

7. Kunst, Kultur und Medien

Friedensfilmpreis 2000

für „Long Night's Journey Into Day“

Im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin wird seit 1986 der Friedensfilmpreis verliehen. Ausgezeichnet werden Filme, die ästhetische Qualität mit humanem Denken, demokratischer Grundhaltung und sozialem Engagement verbinden. Dotiert ist der Friedensfilmpreis mit 10.000 DM und einer Plastik des Künstlers Ottmar Alt. Das Preisgeld wird seit 1996 von der Heinrich-Böll-Stiftung gestellt. Die Schirmherrschaft für den Friedensfilmpreis, der auf eine Initiative von Berliner Friedensgruppen zurückgeht, liegt bei den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in Sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW, Friedensnobelpreisträger).

Der Friedensfilmpreis 2000 ging an den Dokumentarfilm „Long Night's Journey into Day – South Africa's Search for Truth and Reconciliation“ der amerikanischen Filmemacherinnen Frances Reid und Deborah Hoffmann. Der Film dokumentiert auf sehr beeindruckende und berührende Art und Weise die Arbeit der südafrikanischen Wahrheitskommission. Er zeigt Südafrika als ein Land, „dessen Düsternis vom Gestern ins Heute hineinreicht und zahlreiche Schicksale vernichtet, zerrissen, auf immer geprägt hat. Indem der Film Menschen porträtiert, die sich aus unterschiedlichen Gründen ihrer individuellen Schuld und Verantwortung stellen, schafft er ein Verständnis für die Widersprüche des Lebens, die jenseits der politischen Bedeutung des Themas liegen.[...] Nicht zuletzt die Brillanz der filmischen Mittel, die Montage, die Musik, die Kameraarbeit verdichten diesen herausragenden Dokumentarfilm zu einem großen bewegenden Erlebnis“ – so die Begründung der Jury.

Die Verleihung des Preises fand am 20. Februar 2000 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin statt. Die Laudatio hielt die Schauspielerin und Autorin Renan Demirkan.

[„Bei all der inhaltlichen Größe, die dieser Film in sich birgt, darf man nicht unterschlagen, daß er insbesondere brillant in der filmischen Umsetzung ist. Und das macht ihn so außergewöhnlich und sehenswert.“ Renan Demirkan in ihrer Laudatio]

Dossier Serbien – Einschätzung der Wirklichkeit der 90er Jahre

Ausstellung in der Akademie der Künste, Berlin

Im Oktober 2000 lud die Heinrich-Böll-Stiftung Milosevic-Gegner aus der jungen serbischen Kunst- und Kulturszene zu einem Podiumsgespräch nach Berlin. Aus der Begegnung mit den Künstlern entwickelte sich die Idee einer Ausstellung über die Geschichte des kulturellen Widerstandes gegen das Milosevic-Regime. Innerhalb weniger Wochen entstand die Ausstellung „Dossier Serbien – Einschätzung der Wirklichkeit der 90er Jahre“, die vom 20. November bis 17. Dezember 2000 in der Akademie der Künste gezeigt wurde. Die Ausstellung umfasste sowohl dokumentarisches Material der letzten zehn Jahre des serbischen Widerstands als auch in dieser Zeit entstandene Kunstwerke und Artefakte. Sie setzte ein deutliches Zeichen für die besondere Rolle, die der Kunst in dem von einer Bürgerbewegung getragenen Widerstand gegen ein totalitäres Regime zukommt. Zudem wies die Ausstellung auf die doppelte Verantwortung der Serben hin: auf deren eigene Verantwortung für die Geschichte und Zukunft Serbiens und auf die Verantwortung der Serben für ihren Platz in Europa.

Die Ausstellung war ein Gemeinschaftsprojekt der Heinrich-Böll-Stiftung, der Akademie der Künste, Berlin und des Belgrader Zentrums für kulturelle Dekontamination (CZKD), unterstützt durch das Auswärtige Amt. Der Erfolg der Ausstellung zeigte sich auch durch die weiteren Stationen in Wien und in Bern (in Planung).

Stipendienprogramm Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdruck gesellschaftlicher Selbstverständigung. Besondere Berücksichtigung finden wirtschaftlich und sozial benachteiligte sowie vor allem politisch verfolgte KünstlerInnen aus den Bereichen der bildenden Kunst, der Musik und vor allem der Literatur. In diesem Sinne unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich und dem Land NRW seit mehr als

zehn Jahren das Stipendienprogramm in dem zum Gästehaus umgebauten, ehemaligen Eifeler Wohnsitz der Familie Böll.

StipendiatInnen im Jahr 2000

Jacinta Escudos, salvadorianische Schriftstellerin. Sie gehört zu einer Generation zentralamerikanischer Intellektueller, die von den Bürgerkriegen und Revolutionen der 70er und 80er Jahre vor allem in El Salvador, Guatemala und Nicaragua geprägt wurde. 1981 aus politischen Gründen nach Nicaragua gekommen, lebt und arbeitet sie dort unter schwierigen ökonomischen Bedingungen als Schriftstellerin. Im Mittelpunkt ihres literarischen Werkes steht die Innenwelt und das Leiden des Individuums in einer von Gewalt und vom Machismo beherrschten Welt. Bisher wurden von Jacinta Escudos vier Bücher in El Salvador veröffentlicht; *Jodgor Obid*, Schriftsteller aus Usbekistan. Seine Bücher wurden 1985 verboten und durften auch nach dem Ende der UdSSR nicht erscheinen. Er ist Mitglied der usbekischen Bürgerrechtsbewegung „Birlik“ und der Civil Rights Defence Society of Central Asia sowie Preisträger und Delegierter von Human Rights Watch, Helsinki. Mehrmals wurde er inhaftiert und wegen seiner Teilnahme an Protestaktionen zu Geldstrafen verurteilt. Jodgor Obid veröffentlichte bereits zahlreiche Gedichtbände und Lyrikübersetzungen in usbekischer und russischer Sprache. 1999 erschien „Das goldene Schiff“ sowie eine CD seiner Gedichte, gelesen auf usbekisch und deutsch; *Murat Baltic*, serbischer Jurist und Schriftsteller. Sein auch in deutscher Sprache erschienener Roman „Fetva“ wurde 1994 zum besten Buch des Jahres im Sandzak und in Montenegro erklärt; *Ivetta Gerasimchuk*, russische Schriftstellerin. Die Studentin an der Moskauer Staatsuniversität für Internationale Beziehungen gewann den 1. Preis des international ausgeschriebenen Essay-Wettbewerbs von „Lettre International“, der Kulturstadt Weimar und dem Goethe-Institut. Ausgezeichnet wurde ihr Essay „Wörterbuch der Winde“; *Abderrahmane Bouguermouh*, algerischer Drehbuchautor, Regisseur und Schriftsteller aus der Kabylei; *Zeljko Ivankovic*, bosnischer Schriftsteller, Literaturkritiker und Übersetzer aus Sarajevo; *Mehmet Behluli*, kosovo-albanischer Maler und Bildhauer, Dozent an der Akademie der Künste in Prishtina.

Aus Anlass des „Writers-in Prison-Day“ fand im November 2000 eine szenische Lesung unter dem Motto „Das Gefesselte Wort“ im Schauspielhaus Köln statt. Die Veranstaltung war eine Kooperation des P.E.N.-Zentrums Deutschland, der Bühnen der Stadt Köln, der Deutschen Welle, der Stadt Köln, der Stadtbibliothek Köln und der Heinrich-Böll-Stiftung. Es lasen u.a. die ehemaligen Stipendiaten Hamid Skif (Algerien), Jovan Nikolic (Serbien) und Abderrahmane Bouguerrouh (Algerien) aus ihren Werken.

Stipendienprogramm für bildende Künstlerinnen und Künstler der Heinrich-Böll-Stiftung im Atelierhaus Bonn

Im Jahr 2000 war mit der chinesischen Künstlerin *Zhang Lei* letztmalig eine Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung zu Gast im Bonner Atelierhaus. Das seit 1992 unterhaltene Stipendienprogramm in Bonn musste im Juli 2000 leider eingestellt werden. Es diente der Förderung von Künstlerinnen und Künstlern aus Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Pazifischen Raum. Die Heinrich-Böll-Stiftung gab diesen Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, sich für eine bestimmte Zeit ganz ihrem Beruf widmen zu können und die Ergebnisse ihrer Arbeit im Rahmen von Ausstellungen und Gesprächen dem deutschen Publikum bzw. einer internationalen Öffentlichkeit vorzustellen.

Zhang Lei, Jahrgang 1968, studierte Kunstgeschichte und Malerei in Beijing. Fasziniert von der Altertumsforschung beschäftigte sie sich insbesondere mit den Malereien der Song- und Yuan-Dynastie und mit der Kunst der alten Ägypter. Aber auch altniederländische Altarbilder eines Jan van Eyck faszinierten sie. Studien der Werke von Marcel Duchamp und Josef Beuys führten sie schließlich dazu, sich mit der Wirkung natürlicher und künstlicher Objekte auf die Kunst und die Kultur auseinander zusetzen. In dieser Zeit entstanden Zhang Leis Installationen in der Natur, wobei sie natürliche Objekte wie Bäume, Steine, Pflanzenknollen mit Essstäbchen, Seide, Glas, Feuerwerkskörpern u.a. verbindet. Der Aufenthalt im Atelierhaus Bonn half Zhang Lei, ihre Kontakte zum europäischen Kunstmarkt zu intensivieren. So konnte sie 2001 an der Biennale in Berlin teilnehmen. Während ihrer Zeit im Atelierhaus Bonn nahm sie an der Ausstellung „Atelierhaus Bonn 1992-2000“ im Künstlerforum Bonn teil. Diese

Ausstellung war gleichzeitig der Schlusspunkt des Künstlerförderungsprogramms der Heinrich-Böll-Stiftung in Bonn.

Stipendienprogramm des Förderkreises der Heinrich-Böll-Stiftung für Künstlerinnen und Künstler im Kosovo –Vernissage in Prishtina

„Wir kennen Kosovo nur auf der politischen Ebene. Was aber wissen wir in Europa überhaupt über die kosovarische Kultur, Kunst, Literatur und Dichtung? Umgekehrt kennen die Kosovaren Deutschland hauptsächlich als Arbeitsmigranten. Für beide Länder ist deshalb ein kultureller Austausch fruchtbar“. Mit diesen Worten unterstrich Tom Koenigs, Leiter der Zivilverwaltung im Kosovo, auf der Eröffnung einer Ausstellung von Stipendiaten des Förderkreises der Heinrich-Böll-Stiftung in Prishtina die Notwendigkeit eines tiefergehenden Austausches. In der prekären Lage, in der sich das Land zur Zeit befindet, ist es gerade jungen, unbekannten Künstlerinnen und Künstlern nahezu unmöglich, mit ihren Arbeiten den Lebensunterhalt zu bestreiten. In Zeiten des Wiederaufbaus eines vom Krieg zerstörten Landes wie dem Kosovo stehen für die Menschen ganz praktische Dinge des Alltags im Vordergrund, Kunst und Kultur treten dabei zurück. Doch für die Entwicklung eines Gemeinwesens sind Kunst und Kultur ebenso relevant wie der Aufbau des Schul- und Gesundheitswesens. Diese Entwicklung mit der konkreten finanziellen Unterstützung einzelner Künstler zu fördern, war das Anliegen des Förderkreises. Eine unabhängige Jury wählte sechs Künstler und Lyriker aus, damit sie sich für ein halbes Jahr frei nach ihren Vorstellungen ihrer künstlerischen Arbeit widmen können. Am 20. November 2000 wurden die Ergebnisse im Rahmen einer Ausstellung in Prishtina präsentiert.

[Ein Katalog der Ausstellung liegt in deutsch/albanisch vor. Bestellungen sowie weitere Informationen auch zum Beitritt in den Förderkreis bei: Regine Walch, Telefon 030-285 34-112, E-mail: walch@boell.de]

„Wem gehört das Wissen? – Geistiges Eigentum in Zeiten des Internet“

Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung vom 20. bis 21. Oktober 2000 in Berlin

Das Patentrecht beruht auf der klassischen Unterscheidung zwischen Entdeckungen, die das Wissen der Menschheit vermehren, und Erfindungen, die ihr Können vergrößern. Wissenschaftliche Entdeckungen bereichern den kollektiven Wissensschatz, sie sind im Gegensatz zu Erfindungen nicht patentierbar. Wie aber soll diese Unterscheidung auf dem Feld der Software-Entwicklung getroffen werden? Kann ein software-gesteuertes Geschäftsmodell unter Patentschutz fallen oder lediglich ein spezifisches, anwendungsbezogenes Programm? Mit diesen Fragen setzten sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst auf einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Netzwerk Neue Medien und dem Förderverein für eine freie informationelle Infrastruktur (FFII e.V.) auseinander. Ausgangspunkt der Veranstaltung war die angekündigte Streichung des Patentierungsverbots für Software im Europäischen Patentübereinkommen. Die kontroverse Debatte um dieses Vorhaben hat grundsätzliche Fragen aufgeworfen, die auf der Tagung erörtert wurden. Zu Beginn ging es um die Frage, welchen Schutz das geistige Eigentum brauche, um die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft zu stimulieren und zugleich den öffentlichen Zugang zum Wissen zu garantieren. Rainer Kuhlen, Professor der Informationswissenschaft, plädiert dafür, den Zugang auf jeden fall freizuhalten, und weiter: „Man tut gut daran, Marktunterlaufungsstrategien und -maßnahmen, die zunächst für die allgemeine Öffentlichkeit und besonders für die Wirtschaft provozierend aussehen wie z.B. [...] die gesamte Open-Source-Bewegung, daran zu messen, inwieweit sie einen Beitrag dazu leisten, dass der Zugriff zum Wissen offen bleiben kann.“ Von großem Interesse war auch die Frage, bis zu welchem Maße das Eigentum auf Software gesichert oder eingeschränkt und in welche Richtung das Urheber- und Patentrecht verändert werden müssen. Aus der Sicht der Befürworter ermöglicht erst die Patentierung jungen, kapitalschwachen Firmen die Mobilisierung von Risikokapital. Daher warnt Wolfgang Tauchert vom Deutschen Patent- und Markenamt in München: „Ohne ein Patent, oder auch nur mit einem ungeprüften Registrierpatent, werden die Interessen allein mit Mitteln des Wettbewerbs, der Marktdurchsetzung und vor den Gerichten ausgetragen, was gerade nicht im Sinne der Neugründer sein kann.“ In dieser Logik sinkt ohne Patentschutz der Anreiz, technische Innovationen

privatwirtschaftlich zu finanzieren. Auf der Kehrseite dieser Medaille steht die Befürchtung, dass Patentschutz für Software die ohnehin zu beobachtende Tendenz zur Herausbildung marktbeherrschender Oligopole beschleunigen und innovative „Start-ups“ verdrängen wird. Es wird bezweifelt, ob Patente auf Software den Innovationswettbewerb fördern oder ihn nicht eher behindern werden. Für Elke Bouillon, Vorstand der Phaidros Software AG, wären Softwarepatente nichts anderes als ein „Hemmschuh für eine schnelle Entwicklung“.

Auf jeden Fall reflektiert die Entwicklung, ähnlich der Debatte um die Patentierung von Genen, den Übergang in eine neue, wissensbasierte Ökonomie, die auch neue ethische, rechtliche und ökonomische Fragen aufwirft. Zumindest einen Ausschnitt dieser brisanten Fragen konnten auf der Tagung diskutiert werden.

[*Wem gehört das Wissen? Geistiges Eigentum in Zeiten des Internet.* Beiträge einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 20./21. Oktober 2000 in Berlin; in Zusammenarbeit mit dem Förderverein für eine freie informationelle Infrastruktur (FFII e.V.) und dem Netzwerk Neue Medien. Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 9. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, 120 Seiten, Berlin 2000: www.boell.de]

Kulturelle Globalisierung – Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung

Tagung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie vom 11. bis 12. August 2000 in Frankfurt a.M.

Weltweite Globalisierungsprozesse prägen heute entscheidend die Produktion und Rezeption von Kunst, Kultur und Medien. Entgegen dem gängigen Lamento über die drohende globale Uniformierung und die Zerstörung lokaler Kulturen befasste man sich auf der Tagung „Kulturelle Globalisierung – Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung“ für Möglichkeiten und Spielräume, die im Prozess kultureller Globalisierung angelegt sein könnten. Vertreterinnen und Vertreter aus der Ethnologie, den Kulturwissenschaften, der Musik- und Filmtheorie gingen der Frage nach, welche Folgen die Herausbildung eines globalen kulturellen Referenzsystems hätte: Als Gegenbewegungen zu Tendenzen globaler Vereinheitlichung entwickelten sich gerade auf kulturellem Gebiet Formen der Fragmentierung und Regionalisierung mit

Rückbesinnung auf lokale kulturelle Traditionen. Zwischen den globalen Kulturmustern und den Ausprägungen kultureller Regionalisierung entstünden heute verstärkt neue Formen von Mischkulturen. Da Kulturprodukte im Rahmen des jeweiligen Erfahrungshorizontes unterschiedlich interpretiert würden, käme es zu neuen Verbindungen von lokalen mit transnationalen Kulturen. Am Ende des Kongresses bestand Konsens darin, dass „genaueres Hinsehen“ notwendig sei, wenn über kulturelle Globalisierung gesprochen wird. Die gängigen Erklärungsmodelle – von der „McDonaldisierung“ bis zur „Glokalisierung“ – seien zu einseitig, um die komplexen Prozesse dieses Phänomens angemessen erklären zu können.

[Vorträge des Kongresses sind online unter AUDIO ON DEMAND als Audio-Dateien abzurufen. Eine Dokumentation dieses Kongresses mit Beiträgen u.a. von Knut Hickethier, Diedrich Diederichsen und Bernd Wagner ist beim Klartext Verlag erschienen: *Kulturelle Globalisierung – Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung*, Essen 2000, 192 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-8847-982-X]

Seminar „Politische Kommunikation im Internet-Zeitalter“

Die Voraussetzungen für gelingende politische (Wahlkampf-)Kommunikation haben sich im Internet-Zeitalter nicht grundlegend geändert. Dieses nüchterne Fazit am Ende des Seminars „Politische Kommunikation im Internet-Zeitalter“ der Heinrich-Böll-Stiftung im Dezember 2000 in der Bank für Sozialwirtschaft in Berlin verbirgt, wieviel die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den zwei Seminartagen gelernt haben. Sie beschäftigten sich intensiv mit den Erfahrungen des erfolgreichen Wahlkampfs von Ecolo, der grünen Partei im französischsprachigen Teil Belgiens. Deren Berater, Prof. Didier De Jaeger, gab Einblicke in die Hintergründe der Wahlkampagne. Sascha Müller-Kraenner, der Leiter des Washingtoner Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, lieferte Analysen zum US-Präsidentenwahlkampf 2000. Debatte wurde auch über die Wählerschaften der politischen Parteien in Deutschland, ausgehend von einem Referat von Wolf Albin, Rechtsreferendar in der Berliner Senatskanzlei, der Untersuchungen zur Wählerschaft der Grünen studiert hatte. Über die Entwicklung von Botschaften referierte

der Wahlkampfberater Hans Anker (Washington/New York). Bei politischer Kommunikation, so Anker, gehe es darum, dieselbe Botschaft in vielen Weisen zu präsentieren. Es gehe darum, die Ohren der Menschen fürs Zuhören zu öffnen und Individuen in ihrem Alltagsleben mit Argumenten und Bildern zu erreichen, die für sie relevant seien. Ziel eines jeden Wahlkampfes müsse es sein, die eigene Stammwählerschaft zu mobilisieren, die teilweise Sympathisierenden für sich zu gewinnen und die Unentschiedenen von sich zu überzeugen. Was man dabei alles im Internet falsch machen kann, vor allem aber, wie man in diesem neuen Wahlkampfmedium alles richtig machen kann, das erklärten Emilienne M. Ireland und Phil Tajitsu Nash, Internetdienstleister für politische Kandidaten und Non-Profit-Organisationen in den USA, anhand von 10 Geheimnissen, die sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gerne verrieten. Am Ende war Albert Eckert, Leiter der Öffentlichkeitsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung, sicher: *„Die moderne, in den USA entwickelte Art der Wahlkampfführung wird das Gesicht von Wahlkämpfen in Europa weiter verändern.“*

[*Politische Kommunikation im Internet-Zeitalter*. Dokumentation eines Seminars der Heinrich-Böll-Stiftung im Dezember 2000 in Berlin. Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 13. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, 40 Seiten, Berlin 2000. www.boell.de]

8. Bildung und Wissenschaft

Bildungskommission bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Der Reformbedarf im Bildungssektor ist groß. Doch eine grundlegende Neuordnung hat bisher nicht stattgefunden. Die im Jahr 2000 bei der Heinrich-Böll-Stiftung eingerichtete Bildungskommission will die Entscheidungsfindung vor allem der bündnisgrünen Akteure in der Bildungsdebatte voranbringen. Den Anfang machte die Veranstaltung "Bildung: Brücken in die Zukunft". Dort haben Vertreterinnen und Vertreter aus der Bildungspraxis, aus Publizistik, Wirtschaft und Politik gemeinsam über ihre sehr unterschiedlichen Sichtweisen auf den Reformbedarf diskutiert. Die Bildungskommission will hier anknüpfen und vor allem Fragen der Gestaltung und Steuerung des Bildungssystems beraten. Und darüber hinaus: Wie verteilt sich die staatliche, gesellschaftliche und individuelle Verantwortung für die Bildung? Haben die Form und das Ausmaß staatlicher Zuständigkeit und Organisationsgewalt möglicherweise zu einer Entfremdung gegenüber der Verantwortlichkeit für den jeweils eigenen Bildungsprozess geführt? Wie können Verantwortung und Entscheidungskompetenzen so verlagert werden, dass Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen sich dafür zuständig fühlen, einen eigenen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu leisten? Wie können zivilgesellschaftliche Strukturen durch das Bildungssystem gestärkt und in ihm realisiert werden? Als besonderes Projekt gehört hierzu die Frage der Bildungsfinanzierung wie auch die nach dem Status von Bildungseinrichtungen, ihrer Autonomie. Dazu hat die Bildungskommission eine erste Empfehlung erarbeitet.

Koordiniert wird die Bildungs-Kommission von Sybille Volkholz.

[Mitglieder: Dr. Marina Beyer, Prof. Dr. Gerd de Haan, Dr. Warnfried Dettling, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Imma Hillerich, Reinhard Kahl, Undine Kurth, Prof. Dr. Jens Reich, Gunda Röstel, Dr. Dieter Wunder und Sybille Volkholz

Kontakt: Dr. Andreas Poltermann, Heinrich-Böll-Stiftung, Tel. 030-285 34 -410, Fax: - 108, E-mail Poltermann@boell.de

Buchtipp: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Brücken in die Zukunft. Gedanken zur künftigen Bildung. Mit Beiträgen von Sybille Volkholz, Gerold Becker, Ulf Preuss-Lausitz, Helmut

Wiesenthal, Warnfried Dettling u.a. 1. Auflage, Berlin 1999, 220 Seiten, DM 15,-, ISBN 3-927760-34-X]

“Berliner Hochschuldebatten” – neues Forum am Rande der Politik

Seit Herbst 1999 lädt die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit den Initiativgruppen von Studierenden und Lehrenden der Berliner Hochschulen („Kant 64“ sowie „Gähnende Lehre?“) Interessierte sowie Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den „Berliner Hochschuldebatten“ ein. Diese Veranstaltungsreihe greift aktuelle Themen der „Wissengesellschaft“ auf und verknüpft diese mit Fragen und Problemen der Region Berlin. Die Veranstaltungsreihe legt großen Wert darauf, die Lust auf Debatte auch durch eine hohe Ereignisqualität und ein entsprechendes Ambiente zu fördern. Sie will kein Debattierklub der Spezialisten sein, sondern die Auseinandersetzung mit Hochschule und Politik zu einer Angelegenheit aller Beteiligten machen. Sie bewegt sich dabei bewusst am Rand typischer Hochschulpolitik, auf Halbdistanz zu den vertrauten Gremien und üblichen Fronten. Sie will auf neuen Wegen Menschen mit Konzepten zusammenbringen.

In der vierten Debatte im April 2000 ging man z.B. exemplarisch der Frage nach, wie sich heute das Kräftespiel der verschiedenen Akteure in der Hochschulpolitik darstellt und welche Einflussmöglichkeiten sich Initiativen wie den Berliner Hochschuldebatten bieten. Die fünfte Hochschuldebatte im Sommer 2000 befasste sich mit Studienabschlüssen im internationalen Wettbewerb. Ziel der Veranstaltung war es, einen präzisen und kritischen Blick auf die neuen Abschlüsse, auf ihre Risiken und Nebenwirkungen, aber auch auf die Chancen, die sich aus der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen für eine sehr viel breiter ansetzende Reform des deutschen Hochschulsystems ergeben könnten, zu werfen. Das Leitbild eines „regionalen Hochschulsystems“ und die Konsequenzen aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates standen im Zentrum der sechsten Hochschuldebatte im Herbst 2000.

[Weitere Informationen und Dokumentationen unter www.hochschuldebatten.de sowie unter www.bildung2010.de]

9. Studienwerk

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Graduierte aller Fachrichtungen und Nationalitäten, die überdurchschnittliche wissenschaftliche Leistungen mit der nachweisbaren Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung und einer aktiven Auseinandersetzung mit den Zielen der Stiftung verbinden. Dabei ist das Studienwerk einem Bildungsbegriff verpflichtet, der Ausbildungsqualifikation, interdisziplinäre und interkulturelle Bildungsperspektiven mit dem Anspruch auf Persönlichkeitsbildung verbindet. Mit dieser Verpflichtung und seiner Realisierung in Förderpolitik und Förderprogrammen versucht das Studienwerk, zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und zum Dialog zwischen Politik und Wissenschaft beizutragen.

Vor diesem Hintergrund fördert das Studienwerk aktiv und gezielt

- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte aus unterschiedlichen Perspektiven und Fachrichtungen heraus zu den Schwerpunkten der Stiftung beitragen;
- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte zur fachübergreifenden Diskussion zwischen Technik- bzw. Naturwissenschaften und Sozial- bzw. Geisteswissenschaften beitragen;
- Frauen, insbesondere in naturwissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Disziplinen;
- Programme, die Wissenschaft und außeruniversitäre Praxis ins Verhältnis setzen;
- Programme, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik anregen.

Das hauptamtliche zehnköpfige Team des Studienwerks wird von einer großen Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter unterstützt: von über 150 Vertrauensdozentinnen und -dozenten, dem Fachbeirat Studienwerk, den verschiedenen Auswahlgremien wie den

Selbst- und Mitbestimmungsstrukturen und -gremien der rd. 400 Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Jährlich können 80-100 Stipendien neu vergeben werden. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen ein und drei Jahren.

Entwicklung des Studienwerkprogramms

Das Jahr 2000 stand für das Studienwerk im Zeichen programmatischer und organisatorischer Weiterentwicklung. Das betrifft vor allem die „Kerngeschäfte“: die mehrstufigen Auswahlverfahren, die einführenden Grundseminare für die neu aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Arbeit der Regionalgruppen sowie die Foren zu Themen wie „Migration“, „Nation und Identität“, „Politische Ökologie“ und „Feminismus“, die in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Abteilungen der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt werden. Erstmals wurde im Herbst 2000 für Stipendiatinnen und Stipendiaten, die die Rückkehr in ihr Herkunftsland, vorbereiten, auch ein Seminar „Rückkehr in die Fremde ? Reintegration im Herkunftsland“ angeboten. Der mittlerweile dritte *SommerCampus* bot unter dem Titel „Politik im 21. Jahrhundert“ verschiedene Seminare und Qualifikationsveranstaltungen (u.a. „Journalistisches Schreiben für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“, Präsentations- bzw. Mediationstrainings) sowie – als Ergebnisse eines „call for activities“ –, musische und diskursive Initiativen der Stipendiatinnen und Stipendiaten. Daneben wurden Experimente aus dem Vorjahr wiederholt und mehrere programmatische Neuerungen erprobt, so z.B. ein von Stipendiatinnen und Stipendiaten konzipierter Workshop für Promovierende als Form kollegialer Beratung mit dem Ziel, der Individualisierung des „Projekts Dissertation“ entgegenzuwirken. Auch die Promovierendenkolloquien, diesmal unter den Themen „Gedächtnispolitik“ und „Identität und Differenz“, fanden im Jahr 2000 statt und sind als Möglichkeit gedacht, die Einsamkeit des Forschungsprozesses zu verlassen und die jeweiligen Forschungsfelder in einen übergreifenden Diskussionszusammenhang zu stellen.

Die 3. Studieninitiative auf Einladung der BASF bot insgesamt 60 Stipendiatinnen und Stipendiaten des Studienwerks und anderer Studienstiftungen Gelegenheit, sich in

Akademietagungen und Studiencamps mit der Unternehmensphilosophie und -praxis sowie der Außendarstellung eines global operierenden Unternehmens der Chemischen Industrie auseinander zusetzen. International und multidisziplinär zusammengesetzte Gruppen vertieften ihre Kenntnisse und Erfahrungen zu den Themenfeldern „Gentechnik“, „Globalisierung“, „Ökologie“ und „Ökonomie“.

Im Rahmen der Expo 2000 beteiligte sich das Studienwerk zwischen Juli und Oktober an der Internationalen Frauenuniversität ifu; außerdem hatten Stipendiatinnen und Stipendiaten Gelegenheit, am „Global Dialogue“ der deutschen Wissenschaftsorganisationen „Science and Technology – Thinking the Future“ teilzunehmen. Auch die Mitarbeit an den Weimarer Sommerkursen unter dem Generalthema „Zukunftsfähiges Europa“ fand erstmalig statt.

Neben den „Kerngeschäften“ lag im Jahr 2000 ein besonderer Schwerpunkt des Studienwerks auf dem Ausbau bestehender und dem Aufbau neuer Kooperationsbeziehungen. Neben dem Gunda-Werner-Kolleg, das unter dem Thema „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext“ u.a. in Kooperation mit dem Feministischen Institut an den Start gegangen war, wurde im Sommer 2000 in Zusammenarbeit mit der Grünen Akademie ein Kolleg mit dem Schwerpunkt „Informations- und Gentechnologie“ ins Leben gerufen.

Den für das Wintersemester 1999/2000 zusammen mit der Universität Erfurt konzipierten „Erfurter Universitätsreden“ zum Thema „Universitäten in der Wissensgesellschaft“ lag die Überzeugung zugrunde, dass der derzeit oft beschriebene Übergang der Gesellschaft in die Wissens- oder Informationsgesellschaft insbesondere für jene Institution folgenreich sein muss, die traditionell für die Produktion, Vermittlung, Anwendung und Bewahrung von Wissen zuständig ist: die Universität. In vier Veranstaltungen wurden die Konsequenzen in den wichtigsten Dimensionen beleuchtet.

Sur-Place-Programm

Das Studienwerk unterstützt seit mehreren Jahren in Kooperation mit russischen Partnerorganisationen ein Sur-Place-Programm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. In diesem Rahmen werden jährlich 28 thematisch eingegrenzte Stipendien zu den Forschungsbereichen „Repressionsgeschichte“, „Menschenrechte“ und „neuere soziologische

Fragestellungen“ vergeben. Im Mai hatten die Stipendiatinnen und Stipendiaten Gelegenheit, ihre Forschungsergebnisse und persönlichen Erfahrungen am Ende eines zweimonatigen Forschungsaufenthaltes an deutschen Hochschulen vorzustellen.

Internship-Programme

Dem wissenschaftlich-politischen *Networking* diene auch die Mitarbeit von inländischen Stipendiaten an der Jahrestagung der zentralamerikanischen Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko (ein Förderprogramm aus BMZ-Mitteln unter der Federführung des Lateinamerika-Referats) sowie das mittlerweile schon traditionelle Internationale Bundestagspraktikanten-Programm, für das das Studienwerk in Zusammenarbeit mit jährlich wechselnden Länderbildungswerken verantwortlich zeichnet. In diesem *Internship Programme* arbeiten vorzugsweise Graduierte, die eine internationale Karriere insbesondere auf Regierungsebene bzw. im öffentlichen Sektor anstreben, im Büro eines bzw. einer Bundestagsabgeordneten. Das Einführungs- und Begleitprogramm umfasst auch Seminare anderer politischer Stiftungen – mit dem Ziel, einen breiten Einblick in das politische System bzw. Leben in der Bundesrepublik zu geben.

Perspektiven und Aufgaben

Eine der Stärken des Studienwerks ist die Interkulturalität und Interdisziplinarität der Arbeit. Perspektivisch wird der Aus- und Aufbau eines internationalen Kooperationsnetzwerks daher an erster Stelle stehen – Wissenschaft-Praxis-Programme zählen hierzu ebenso wie ein tragfähiges *follow up*-Programm. Durch solch ein „Ehemaligen-Programm“ will die Stiftung mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten nach der Förderzeit für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch in Kontakt bleiben.

Die Arbeit des Studienwerks wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) in folgender prozentualer Verteilung finanziert, wobei der Haushalt des Studienwerks 2000 in Höhe von 6.751.665 DM 100 Prozent entsprechen:

1. Studierende/Promovierende:

Studierende	228
Promovierende	195

2. Männer/Frauen:

Männer	119 (28%)
Frauen	304 (72%)

3. Verteilung Finanzierung:

BMBF	68,08 %
AA	23,47 %
BMI	7,54 %
Bundestag	0,58 %
Geschwister*	0,21 %
Sonstige	0,12 %

Geschwister* = Geschwister-Weck-Stiftung im Förderfonds
des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

[Universitäten in der Wissensgesellschaft. Hrsg. von der Universität Erfurt und der
Heinrich-Böll-Stiftung. Mit Beiträgen von Heidi Schelhowe, Friedrich Wilhelm Hesse,
Klaus Haefner, Martin Rost u.a., 168 Seiten, München 2001. Infos: www.uni-erfurt.de]

10. Feministisches Institut

Das Feministische Institut, gegründet 1998, bringt Frauen aus Politik, Wissenschaft, Medien, Kultur und Wirtschaft zusammen. Der konzeptionelle Schwerpunkt des Instituts liegt in der Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen: Die politische Präsenz von Frauen soll gestärkt, Politikformen reflektiert und Politikberatung angeboten werden. Zu den Zielsetzungen gehört auch, innovative feministische Ansätze und Forschungsperspektiven zu transportieren und nationale wie internationale Frauennetzwerke zu fördern bzw. auszubauen.

Das virtuelle Projekt www.glow-boell.de stand auch im Jahr 2000 im Zentrum der Arbeit des Feministischen Instituts. Inspiriert vom Ansatz des „globalen Lernens“ war Glow 1998 gestartet worden. Es stellt in dieser Form ein weltweit einzigartiges feministisches Projekt im Bereich *Distance Learning* dar, das interaktive Informations- und Bildungsmöglichkeiten für Frauen bietet. Ziel ist es, Frauen weltweit durch Informationen, Diskussionen und Bildungsangebote zu einer neuen feministischen Öffentlichkeit zu verbinden. Dies geschieht u.a. durch Online-Bildungsangebote in Kooperation mit internationalen Universitäten – wie dem MIT/USA, der Universität Münster und der Universität Zagreb/Kroatien – oder durch virtuelle Vor- und Nachbereitung von Konferenzen der Stiftung. In Vorbereitung ist auch die Entwicklung eines Hochschulnetzwerks interessierter Hochschullehrerinnen ([Glow-Campus-Netzwerk](#)), das zur Institutionalisierung solcher Kooperationsseminare auch mit anderen bundesdeutschen wie nationalen Hochschulen führen soll.

Das im Jahr 2000 in Kooperation mit dem Studienwerk und den Universitäten Bochum und Bielefeld neu eingerichtete „Gunda-Werner-Promotionskolleg“ dient der Nachwuchsförderung und dem Transfer von feministischer Erkenntnis in die praktische Politik. In der ersten Ausschreibung wurden fünf Stipendien vergeben. „Organisationsreform und Geschlechterdemokratie im globalen Kontext“ ist das Thema des aktuellen Kollegs, für dessen wissenschaftliche Betreuung Prof. Dr. Ilse Lenz, Universität Bochum, sowie Prof. Dr. Ursula Müller, Universität Bielefeld, gewonnen werden konnten. Am 30. Oktober 2000 fand eine ganztägige Eröffnungsveranstaltung

„Möglichkeiten und Grenzen eines Transfers zwischen feministischer Wissenschaft und Politik“ statt.

Das *Ladies Lunch*, ein weiteres Kernprojekt des Feministischen Instituts, fördert die Vernetzung, den Informationsaustausch und den Meinungsbildungsprozeß zu gesellschaftspolitisch aktuellen Themen zwischen engagierten Frauen aus grünen und anderen frauenpolitischen Zusammenhängen. Schirmherrin der vierteljährlichen Treffen war Renate Künast, Ministerin für Verbraucherschutz; im Jahr 2001 ist es Claudia Roth. Der thematische Schwerpunkt lag im Jahr 2000 auf „Frauen und Medienstrategien“. Hierzu eingeladen wurden im Laufe des Jahres Expertinnen und Experten aus Deutschland und den USA. Im Frühjahr gab es ein Lunch zu „Internet – Neue Möglichkeiten für Frauen?“, im Herbst eine „Auswertung: zwei Jahre rot-grüne Frauenpolitik“. Die Reihe wird in 2001 fortgesetzt.

Die Ringvorlesungen „Gender in der Nord-Süd-Arbeit“ und „Die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre – eine frauenpolitische Bilanz“, veranstaltet in Kooperation mit dem Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., dienen dem Transfer global diskutierter feministischer Fragestellungen von der Wissenschaft in eine breitere Frauenöffentlichkeit hinein sowie dem Austausch zwischen Theoretikerinnen und Praktikerinnen. Die Veranstaltungen wurden dokumentiert und können beim Feministischen Institut bestellt werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Etablierung des Feministischen Instituts leistete die Einrichtung eines internationalen Kuratoriums im Oktober 2000, für das herausragende Frauen – Expertinnen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und dem Medienbereich – gewonnen werden konnten: Adrienne Goehler, die Senatorin für Wissenschaft und Kultur in Berlin, Juliane Freifrau von Friesen, Wirtschaftssenatorin in Berlin, die Journalistin Viola Roggenkamp sowie die Leiterin der Abteilung Women’s Studies des MIT in Cambridge/USA, Margery Resnick. Das Kuratorium berät, begleitet und unterstützt die Arbeit des Feministischen Instituts.

„*Frauenrechte sind Menschenrechte*“ – diese Feststellung bildet einen neuen thematischen Schwerpunkt des Feministischen Instituts. Die erste Veranstaltung thematisierte die Lage der Frauen und Mädchen in Afghanistan. Ziel der Veranstaltungen ist es, bewusst zu machen, dass Verstöße gegen die Rechte und Würde von Frauen Verstöße gegen Menschenrechte sind. Des Weiteren sollen länderspezifische Möglichkeiten zur Durchsetzung der Rechte von Frauen sowie politische Handlungsperspektiven zur Diskussion gestellt werden. Das bedeutet auch, die Lage von Migrantinnen und asylsuchenden Frauen in Deutschland einzubeziehen und nach Möglichkeiten der Verbesserung zu suchen.

[Möglichkeiten und Grenzen eines Transfers zwischen Feministischer Wissenschaft und Politik. Beiträge des Gunda-Werner-Promotionskollegs. Reihe Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung: Nr. 11, 60 Seiten, Berlin 2001]

[Die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre – eine frauenpolitische Bilanz. Dokumentation einer Veranstaltungsreihe des Feministischen Instituts, 194 Seiten, Berlin 2000]

11. Grüne Akademie

Die Grüne Akademie, 1999 als ein Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung gegründet, ist *Think-Tank* und unabhängiges Forum zur Reflexion aktueller politischer Fragen. Die rund fünfzig ehrenamtlichen Mitglieder geben sich für eine Arbeitsperiode von zwei bis drei Jahren spezifische Themenschwerpunkte, die interdisziplinär diskutiert werden. Im Jahr 2000 setzte die Grüne Akademie ihre Arbeit an den Themen „Europa“ und „Zukunftstechnologien“ fort.

Die Arbeitsgruppe „Europa“ konzentrierte sich in mehreren Sitzungen auf die Frage nach den Grenzen Europas. Das Spektrum erstreckte sich – ganz im Sinne der Perspektivenvielfalt der Akademie – von konkreten Fragen des Grenzverkehrs an den Rändern des neuen Europas, über Diskussionen zu einer Europäischen Verfassung und einem Europäischen Einwanderungsgesetz bis hin zu kulturwissenschaftlichen Überlegungen zur Nation als „Kollektivkörper“. Die Diskussionen dienten unter anderem auch der Vorbereitung einer für 2001 geplanten Konferenz „Moderne Zeiten, Europäische Räume – Grenzfragen“.

Die Arbeitsgruppe „Zukunftstechnologie“ beschäftigte sich abwechselnd mit Fragen der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie mit Bio- und Gentechnik. Im Februar 2000 veranstaltete die Gruppe ein Werkstattgespräch mit Regine Kollek, Günter Altner, Wolfgang van den Daele und Gerd Winter zu Menschenbild und Wertentscheidungen in der Bio- und Gentechnologie.

Klösterliche Abgeschiedenheit und eine berückende Landschaft bildeten den Rahmen für eine einwöchige Sommerakademie der Arbeitsgruppe in Kloster Neustift, Südtirol. Im Zentrum der Diskussion zwischen den neunzehn Mitgliedern der Grünen Akademie, den Gästen (unter ihnen Renate Künast und Pico Jordan) und geladenen Referenten standen Fragen zur Innovationspolitik und zukünftigen Technikgestaltung: „Lässt sich technologischer Fortschritt lenken?“ und „Welche politischen Handlungsspielräume gibt es?“ Das Ergebnis dieser Sommerakademie ist das Memorandum „Das gute Leben“. Darin heißt es u.a.: „Technikentwicklung ist nicht eindimensional und sie folgt keiner reinen Sachlogik. Oft handelt es sich um interesse- und wertgeleitete Entscheidungen

zwischen verschiedenen Techniklinien bzw. Optionen. Es kann also weder darum gehen, per se „technikpessimistisch“ zu sein, noch „fortschrittsoptimistisch“ Technik „entfesseln“ zu wollen.

Eine Technikgestaltung, die sich an den Werten Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und nachhaltige zukunftsfähige Entwicklung orientiert, kann nicht auf eine Kraft alleine setzen (z.B. auf Politik, Staat, Markt, Verbraucher oder soziale Bewegungen), sondern muß sich die zahllosen kleinen in der Summe aber erfolgreichen Einflussmöglichkeiten auf Innovationsprozesse zunutze machen, immer wieder neue Koalitionen eingehen und Richtungsentscheidungen treffen. Zu beachten sind dabei auch die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt die Integration sozialer und ökologischer Anliegen in die Welthandelsordnung.“

Im Jahr 2000 konnte die Grüne Akademie auch erstmals Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung in ihre Arbeit mit einbeziehen. Als kooptierte Mitglieder nahmen zwei der Stipendiatinnen an der Sommerakademie teil, darüber hinaus besucht eine kleine Gruppe regelmäßig die Sitzungen der Technik-AG und organisiert ein kleines Colloquium, in dem Promotionsprojekte vorgestellt werden.

Zu den Aktivitäten der Grünen Akademie im Jahr 2000 gehörte auch eine in Kooperation mit dem Förderkreis organisierte Vortragsveranstaltung mit Richard Sennett an der Humboldt Universität. Unter dem Titel „Der Lohn der Angst – Die Flexibilität im neuen Kapitalismus“ stellte der renommierte Soziologe Thesen seines neuesten Buches vor, in dem er die Folgen der Flexibilisierung der Arbeitswelt für die Individuen, ihr Erleben, ihre Bindungsfähigkeit und ihre Werte analysiert. In der anschließenden Podiumsdiskussion kommentierten Elke Schmitter und Dieter Thomä die Thesen Sennetts.

[*Das gute Leben. Neue Technologien im Dienst der Entfaltung von Mensch und Natur.* Ein Memorandum zur Innovationspolitik. Hrsg. von der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. 1. Auflage, Berlin 2001, 40 Seiten. Siehe auch: www.boell.de]

12. Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis ist eine Einrichtung der Heinrich-Böll-Stiftung. Es sammelt und erschließt die Quellen zur Geschichte der Partei Bündnis 90 / Die Grünen sowie der Neuen Sozialen Bewegungen und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich.

Auch im Jahr 2000 erwarb das Archiv einzelne Deposita von Bundestags-abgeordneten und anderen Politikerinnen und Politikern der Grünen und ergänzte die Bestände von Fraktionen und Gliederungen von Bündnis 90/Die Grünen. Zugleich wurden die Zugriffsmöglichkeiten auf die Archivalien verbessert. Gleichzeitig wurden die Planungen für den Bau, die Ausstattung und den anstehenden Umzug des Archivs nach Berlin vorangetrieben.

Fünf Archivierungsprojekte konnten im Jahr 2000 mit Mitteln des Deutschen Bundestages durchgeführt werden. Darunter die Fortführung der Bearbeitung des Nachlasses von Petra Kelly: Zwei neue Teilbestände – zum einen die Aktengruppe „Internationales“, zum anderen die Korrespondenz aus den Jahren von 1972 bis 1982 – erschließen die Archivalien zu ihrer politischen Arbeit als Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen zu Beginn der 80er Jahre, als Bundestagsabgeordnete und auch zu ihrem Engagement für krebskranke Kinder. Des weiteren konnten die Deposita der Bundestagsabgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Waltraud Schoppe, Werner Schulz und Ludger Volmer bearbeitet werden.

Das Archiv wird weiterhin intensiv zu Forschungszwecken und zur Recherche genutzt, der Monatsdurchschnitt lag im vergangenen Jahr bei ca. 80 bis 100 Besuchern. Das Archiv veranstaltete auch Seminare und Führungen, in deren Zentrum der Beitrag des Archivs zur zeitgeschichtlichen Forschung und zur politischen Bildung stand. Darüber hinaus arbeitet das Archiv mit dem Fachbereich Archiv – Bibliothek – Dokumentation der Fachhochschule Potsdam zusammen. Diese Kooperation umfaßt Vorträge, Seminare, Fortbildungen, die Durchführung von Praktika und auch das Angebot von archivischen Verzeichnungsübungen. In diesem Rahmen wurde im Jahr 2000 mit der Verzeichnung der Archivalien des Landesverbandes der Grünen Baden-Württemberg begonnen.

Im September 2001 wird das Archiv Grünes Gedächtnis den Weg nach Berlin antreten. Die Entscheidung fiel auf die „Eldenaer Straße“ im Stadtteil Friedrichshain, ein denkmalgeschütztes Gewerbehofprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Zentralschlachthofes.

[Neue Adresse ab 1. Oktober 2001: Archiv Grünes Gedächtnis, Eldenaerstraße 35, Gebäude 34, 10247 Berlin]

13. Aus der Stiftung

Büroeröffnungen der Heinrich-Böll-Stiftung in Thailand und Brasilien

Im Februar 2000 eröffnete die Heinrich-Böll-Stiftung in Chiang Mai, Thailand, ihr zweites Asien-Büro neben der Niederlassung in Lahore, Pakistan. Die Arbeit des Büros wird sich vor allem auf die Schwerpunkte „Ökologie“, „Förderung partizipativer Demokratie“ (unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen) und „Förderung von Rechtsstaatlichkeit“ konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Stiftung den „Nachzüglern“ der ASEAN-Integration, den Transformationsländern Indochinas sowie Burma, da hier im Interesse gleichberechtigter Partnerschaft ein spezieller Fortbildungsbedarf besteht. Dabei geht es auch um die Stärkung eigener Akzente, die diese Länder in den ASEAN-Strukturen setzen können.

[Büro Thailand, E-mail heike@hbsasia.org]

Die die Eröffnung der Niederlassung in Rio de Janeiro, Brasilien, im Mai 2000 ermöglicht der Heinrich-Böll-Stiftung einen intensiveren politischen Dialog mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren des Landes. Die bereits bestehenden brasilianischen Kooperationen sollen verstärkt in den länderübergreifenden Projektzusammenhang „Nachhaltiges Cono Sur“ (Brasilien, Chile und Uruguay) eingebunden werden. Gleichzeitig will man neue Kontexte für die Stiftung erschließen. *„Nachhaltige Entwicklung soll durch die Unterstützung von länderübergreifenden Vernetzungsprozessen vorangetrieben werden. Eine Menschenrechtsdefinition, die neben den politischen auch die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, die Frauenrechte und die Rechte sexueller Minderheiten mit einschließt, bildet den Rahmen der regionalen Stiftungsaktivitäten. Eine wichtige neue Funktion der Stiftung ist es, Brücken zwischen Nichtregierungsorganisationen und Regierungen auf Länder- und auf Bundesebene zu bilden“*, erklärte Stiftungsvorstand Claudia Neusüß bei der Eröffnung.

[E-mail Neusuess.Claudia@boell.de]

Heinrich-Böll-Stiftung online

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist seit nunmehr anderthalb Jahren online. Das Angebot ist in dieser Zeit stark gewachsen: rund 1.500 deutsch- und englischsprachige Seiten und an die 100 Dokumente – viele davon umfangreiche Studien – können mittlerweile unter www.boell.de heruntergeladen werden. Neben Texten bietet der Internet-Auftritt einen umfangreichen Kalender, der über die bundesweiten und internationalen Veranstaltungen der Stiftung informiert, zu denen sich Interessierte auch *online* anmelden können. Im Internet-Buchshop können die von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Bücher bestellt werden.

Künftig wird die Heinrich-Böll-Stiftung vermehrt interaktive Projekte anbieten, wie z.B. virtuelle Konferenzen und Workshops, Kunst- und Ideenwettbewerbe. Ein erstes interaktives Forum zum Thema Grundrechte und Demokratie in Europa ist über die Startseite oder direkt unter www.boell.de/europe zu erreichen. Auf diesen Seiten lassen sich auch zahlreiche Beiträge zur Diskussion über eine Grundrechtscharta für die EU abrufen, wie z.B. Joschka Fischers Rede „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“. Außerdem besteht die Möglichkeit, den E-mail-Newsletter des Diskussionsforums zu abonnieren – und natürlich auch, selbst daran teilzunehmen. Die ist in einer *eGroup* möglich. Im Vergleich zum Diskussionsforum besteht der Vorteil der *eGroup* darin, dass alle Diskussionsbeiträge als E-mail verschickt und empfangen werden – so sind alle stets über den aktuellen Stand der Debatte informiert.

Das Heinrich-Böll-Archiv

Seit Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahre 1989 besteht ein intensiver Arbeitskontakt mit dem Heinrich-Böll-Archiv in Köln. Die Auswertung des im Archiv lagernden Materials zu Leben und Werk Heinrich Bölls geschieht sowohl im Hinblick auf seine gesamte Erschließung als auch bezüglich der besonderen Erfordernisse der bildungspolitischen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung.

Nach intensiver Vorbereitungsarbeit rückt das ehrgeizige Projekt der Neuedition von Bölls Werk im Rahmen der 27bändigen *Kommentierten Kölner Ausgabe der Werke Heinrich Bölls* seinem ersten Ziel immer näher: dem Erscheinen der ersten drei Bände im Herbst 2002. Die Heinrich-Böll-Stiftung initiierte auch im Jahr 2000 editionswissenschaftliche Konferenzen und Editorentreffen, deren Schwerpunkt vornehmlich in der Entwicklung einer editionsspezifischen Software lag. Darüber hinaus konzentrierte sich die gemeinsam mit dem Verlag Kiepenheuer & Witsch, der Erbgemeinschaft Heinrich Böll, dem Lehrstuhl Prof. Ralf Schnells an der Siegener Universität und Siegener Informatikern unternommene Arbeit intensiv an der Einrichtung einer webbasierten Datenbank, in die im Laufe der Zeit alle im Zusammenhang mit der Ausgabe entstehenden editorischen Ergebnisse eingearbeitet werden und den Herausgebern der einzelnen Bände zur Verfügung stehen sollen.

Ebenfalls in Angriff genommen wurde das Vorhaben, sämtliche über Heinrich Böll erschienene Arbeiten des Zeitraums von 1950 bis 1999 mit dem Ziel aufzuarbeiten, in absehbarer Zeit die erste *Bibliographie der Forschungsliteratur* zum Werk Heinrich Bölls in Form einer Internetversion zur Verfügung zu stellen. Sie wäre nicht nur für den wissenschaftlichen Bereich von Bedeutung, sondern böte auch für alle an der Auseinandersetzung mit Böll Interessierten die hierfür notwendigen bibliographischen Hinweise und Angaben.

[Weitere Informationen in: Heinrich Böll – Einem Autor folgen. Kölner Ausgabe – Zur Einführung. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Mit einer Einführung von Jochen Schubert. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1998, 120 Seiten, DM 10,-, ISBN 3-462-02827-8]

14. Projektpartner der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland

Lateinamerika

Amigas de la Comunicación Alternativa (A.C.A.), Montevideo, Uruguay

Associação dos Pequenos Produtores do Município de Valente (APAEB), Valente (Bahia), Brasilien

Asociación de Asesoría a Proyectos de Desarrollo (ADAPD), Chimaltenango, Guatemala

Asociación de Instituciones de Promoción y Educación (AIPE), Cochabamba, Bolivien

Asociación de Mujeres Rurales (ASMUR) und Sistema Económico Social (SES) San Vicente, El Salvador

Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH), Peru

Asociación Nacional de Desarrollo Municipal (ADM), Nicaragua

Associação Regional de Convivência com a Seca (ARCAS), Cicero Dantas (Bahia), Brasilien

Caribbean Association for Feminist Research & Action (CAFRA), Port of Spain, Trinidad und Tobago

Centro de Asesoría Laboral del Perú (CEDAL), Peru

Centro de Encuentros, Cultura y Mujer (CECYM), Buenos Aires, Argentinien

Centro para Estudios y Formación (CEFA), Panama City, Panama

Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán (CMPFT), Lima, Peru

Centro Humanitário de Apoio à Mulher (CHAME), Salvador, Brasilien

Centro para la Defensa del Consumidor (CDC), San Salvador, El Salvador

Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC), Mexiko D.F., Mexiko

Colectiva Mujer y Salud, Santo Domingo, Dominikanische Republik

Contraportada, San Salvador, El Salvador

Coordinadora de Mujeres del Cibao (CMC), Santiago de los Caballeros, Dominikanische Republik

Corporación Viva La Ciudadanía, Kolumbien

Cotidiano Mujer, Montevideo, Uruguay

CRIOLA, Rio de Janeiro, Brasilien

Desarrollo Municipal (DM), Nicaragua
Fase - Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional, Belém (Para),
Brasilien
Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional (FASE), Rio de Janeiro,
Brasilien
Facultad Latinoamericana para Ciencias Sociales, FLACSO, Mexiko D.F., Mexiko
Foro Boliviano sobre Medio Ambiente y Desarrollo (FOBOMADE), Cochabamba,
Bolivien
Fundación „Antonio Nuñez Jiménez“ de la Naturaleza y el Hombre (FANJNH), Kuba
Fundación Entre Volcanes (FEV), Nicaragua
Fundación Foro Nacional por Colombia, Kolumbien
Fundación Instituto de la Mujer, Santiago, Chile
Fundación Nacional para el Desarrollo (FUNDE), El Salvador
Fundación Naturaleza y el Hombre, Havanna, Kuba
Fundación Río Lempa (FUNDALEMPA), El Salvador
Grupo de Reflexión y Acción sobre Medio Ambiente (GRAMA), Cochabamba, Bolivien
Habitat-Cuba, Sociedad para la Vivienda y el Urbanismo (HABITAT), Kuba
Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas (Ibase), Rio de Janeiro, Brasilien
Instituto de Ecología Política (IEP), Santiago, Chile
Instituto de Estudos da Religião (ISER) , Rio de Janeiro, Brasilien
Instituto de Investigación y de Desarrollo Maya (Plan de Acción Forestal Maya: Paf-
Maya), Ciudad de Guatemala , Guatemala
Instituto Regional da Pequena Agropecuaria Apropriada (IRPAA), Juazeiro (Bahia),
Brasilien
Investigación Social y Asesoramiento Legal Potosí (ISALP), Cochabamba, Bolivien
ISIS Internacional, Santiago, Chile
Las Dignas, San Salvador, El Salvador
MEMCH, Santiago, Chile
Movimento Nacional de Direitos Humanos (MNDH), Brasília, Brasilien
Red de Ecología Social (REDES), Montevideo, Uruguay
Red de Educación Popular entre Mujeres de América Latina y El Caribe (REPEM),
Montevideo, Uruguay

REDEH /Cemina, Rio de Janeiro, Brasilien
Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio, RMALC, Mexiko D.F., Mexiko
Sempreviva Organização Feminista (SOF), São Paulo, Brasilien
Sociedade Paraense de Defesa dos Direitos humanos (SDDH), Belém, Para
Unidad Ecológica Salvadoreña, UNES, San Salvador, El Salvador

Afrika

AGENDA, Südafrika
Africa Information Afrique, Simbabwe
Association for the Promotion of Girl's and Women's Advancement, Gambia
Association of Westafrican Young Writers, Nigeria
Center of Excellence for Literacy and Literacy Education, Nigeria
Centre for Women Studies and Intervention, Nigeria
Civil Liberties Organization, Nigeria
Civil Resource Development & Documentation Centre, Nigeria
Community Action for Popular Participation (CAPP), Nigeria
Community Technology Development Trust, Simbabwe
Democratic Alternative, Nigeria
Development Alternatives for Women Network, Südafrika
EARTHLIFE AFRICA, Südafrika
Environmental Monitoring Group, Südafrika
Film Resource Unit, Südafrika
Forum for the Future, Namibia
Forum on Gender, Äthiopien/ Kenia
Gender and Development Action, Nigeria
Green Belt Movement, Kenia
Group for Environmental Monitoring, Südafrika
HUNDEE, Äthiopien
IUCN The World Conservation Union, Südafrika
International Union for the Conservation of Nature, Southern Africa Region, Südafrika
ISIS - Women's International Cross-Cultural Exchange, Uganda
LIVANINGO, Mosambik

Media Institute of Southern Africa, Südafrika
Media Peace Centre, Südafrika
MEDIWORKS Community Publishing, Südafrika
Ministry of Agriculture and Environment, Rep. of Somaliland
Ministry of Education, Dept. of Technical and A.E. , Eritrea
Ministry of Land, Water & Environment, Eritrea
NAGAAD, National NGO Centre, Rep. of Somaliland
Nigerian Book Foundation, Nigeria
NISAA Institute for Women's Development, Südafrika
Nordic SADC Journalism Centre, Mosambik
Project Democracy, Nigeria
Regional Environment Protection Bureau, Äthiopien
SCHOOLCLUBS LEM, Äthiopien
Self-Employed Women's Union, Südafrika
Sister Namibia, Namibia
Shelter Rights Initiative, Nigeria
SOS – Femmes, Mauritius
Tintune, Nigeria
Women in Nigeria
Women Writers of Nigeria
Women's Association of Tigray, Äthiopien
Zimbabwe Women's Resource Centre and Network, Zimbabwe

Naher Osten und Türkei

Al Muwatin, Palästinensische Autonomiegebiete
An-Nadim Center for Management and Rehabilitation of Victims of Violence, Ägypten
Arab NGO Network of Environment and Development (RAED), Ägypten
Arab Youth Center, Palästinensische Autonomiegebiete
Ashtar, Palästinensische Autonomiegebiete
Beirut Center for Human Rights, Libanon
Botanischer Garten Ramallah, Palästinensische Autonomiegebiete

Centre d'Ecoute et d'Orientation pour Femmes Agressées, Marokko
Centre d'Ecoute pour femmes victimes de violence, Tunesien
Fondation Zakoura, Marokko
Friends of the Earth Middle East (EcoPeace), Israel, Palästinensische
Autonomiegebiete, Jordanien, Ägypten
GreenAction, Israel
Kav La'Oved, Israel
Kol Ha'Isha, Israel
Ma'an, Palästinensische Autonomiegebiete
Pazartesi, Türkei
Popular Art Center, Palästinensische Autonomiegebiete
Radiojournalismus, Palästinensische Autonomiegebiete
Salama Moussa, Verein für Bildung und Entwicklung, Ägypten
SIGI Sisterhood is Global Institute, Jordanien
Solidarité Féminine, Marokko
SOS Femmes en Détresse, Algerien
Transparency Maroc, Marokko
Women's Empowerment Project (WEP), Gaza Community Mental Health Program,
Palästinensische Autonomiegebiete
Women's Studies Center (WSC), Israel

Asien

Alternative Energy Project for Sustainability (AEPS), Thailand
Asia Pacific Forum on Women Law and Development (APWLD), Thailand
Asian Regional Exchange for New Alternatives (ARENA), Hong Kong
Association of Nuns and Laywomen of Cambodia (ANLWC), Kambodscha
Aurat Foundation, Pakistan
Bangladesh Institute of Theatre Arts (BITA), Bangladesch
Bangladesh Nari Progati Sangha (BNPS), Bangladesch
Buddhist Institute (BI), Kambodscha

Cambodian Institute for Cooperation and Peace (CICP), Kambodscha
Center for Ecological Economies (CEE), Thailand
Center for Science and Environment, Indien
Development Alternative with Women for a New Era (DAWN), SEA Region, Philippinen
Environmental Training Center Project (ETC), Thailand
Global Alliance Against Traffic in Women (GAATW), Thailand
Korea Institute for Sustainable Society (KISS), Korea
Maple, China
Norbulingka Buddhist Cultural Institute, Mongolei
Pesticide Legal Action Network Thailand (PLANT), Thailand
Project for Ecological Recovery (PER), Thailand
Public Interest Research Center, Indien
Research Foundation for Science, Technology and Ecology (Navdanya Diverse Women), Indien
Research Institute of Green Korea United (GKU), Korea
Roots for Equity, Pakistan
Royal University of Phnom Penh (RUPP), Kambodscha
Sakyadhita, Sri Lanka
Sathirakoses Nagapradipa Foundation (SNF), Thailand
Shirkat Gah, Pakistan
Social And Resource Development (SARD), Indien
Takhleeq Foundation, Pakistan
Thai Volunteer Service (TVS), Thailand
Tibet Heritage Fund, China
Tibetan Nuns Project, Indien
Tribal Women Welfare Association (TWWA), Pakistan
Women's Development Collective (WDC), Malaysia
Women's Studies Centre (WSC), Thailand

Mittel-, Südost- und Osteuropa

AG für Energie: Romanian Working Group on Energy, Rumänien
AG für Landwirtschaft: Romanian Working Group on Agriculture, Rumänien

AG für Verkehr: Romanian Working Group on Sustainable Transport, Rumänien
„Aspekt“ - Bildungs- und Informationszentrum für Frauen, Slowakische Republik
Autonomes Frauenhaus Zagreb, Kroatien
Biokultúra, Ungarn
Bürgervereinigung „Ji“, Ukraine
Energia Klub Budapest, Ungarn
Fondeko, Bosnien-Herzegowina
Frauen in Schwarz, BR Jugoslawien
Frauenbildungs- und Informationszentrum Tbilissi, Georgien
Fraueninnovationszentrum Ost-West, Russische Föderation
Frauenstiftung eFKa - Frauenberatungs- und Informationszentrum Krakau, Polen
Frauenzentrum Krona, Ukraine
FWIE - Fundacja Wspierania Inicjatyw Ekologicznych (Stiftung zur Förderung von Umweltinitiativen), Polen
Gemeinwesenzentrum St. Petersburg, Russische Föderation
Georgian Energy Brigades, Georgien
Green Action, Kroatien
Hnuti DUHA Tschechien, (Friends of the Earth Czech Republic), Tschechische Republik
Kaukasisches Haus Tbilissi, Georgien
Kharkiv Human Rights Protecting Group, Ukraine
Liga pro Europa, Rumänien
Memorial, Russische Föderation
„Mikuszewo“ Deutsch-Polnische Begegnungsstätte, Polen
Ökologische Baikal-Welle, Russische Föderation
Polnische Gesellschaft für Abfallmanagement, Polen
PRO-BIO, Tschechische Republik
ProFem - Beratungszentrum für Frauen, Tschechische Republik
PSF (Polnische Feministische Gesellschaft) - Frauenkultur- und Bildungszentrum
Warschau, Polen
Republika, BR Jugoslawien
St. Petersburger Zentrum für Gender-Studien, Russische Föderation

St. Petersburger Zentrum für unabhängige soziologische Forschungen, Russische Föderation

Stiftung zur Förderung von Umweltinitiativen, Polen

Ukrainian Energy Brigades, Ukraine

Woman Studies Center Belgrad, BR Jugoslawien

"Zeleni-Neretva" (Grüne Neretva), Bosnien-Herzegowina

Zentrum für Gender Studies, Tschechische Republik

Westeuropa

UNITED for Intercultural Action, Niederlande

ILGA Europe, International Lesbian and Gay Association, Brüssel

International

International Feminist Magazine LOLApress, Berlin, Montevideo, Johannesburg u.a.

Asiatisch-Europäisches Austausch- und Dialogprogramm zu alternativen Politikstrategien in Asien (ASED)

15. Gremien

(Stand: Juli 2001)

Mitgliederversammlung

Semra Basoglu, Margarete Bause, Mechthild Bereswill, Maren Bock, Viktor Böll, Barbara Böttger, Reinhard Bütikofer, Helga Flores Trejo, Gernot Folkers, Jürgen Gneiting, Adrienne Goehler, Katrin Göring-Eckardt, Konrad Grevenkamp, Monika Hantschick, Annette Hecker, Antje Hermenau, Dorothea Höck, Georg Hörnschemeyer, Willi Hoss, Irmgard Jochum, Angelika Köster-Loßack, Ali Kuhlmann, Kordula Leites, Reinhold Mau, Christoph Meertens, Brigitte Moritz, Cem Özdemir, Pino Olbrich, Lothar Probst, Gabriele Rosenbaum, Heide Rühle, Jörg Sauskat, Christine Scherer, Kristina Steenbock, Tine Stein, Edda Stelck, Gerda Stuchlik, Barbara Unmüßig, Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Elisabeth Weber, Reinhard Weißhuhn, Christine von Weizsäcker, Volker Wiedersberg, Brigitte Witzer

Aufsichtsrat

Reinhard Bütikofer, Gregor Enste, Helga Flores-Trejo, Jürgen Gneiting, Annette Hecker, Antje Hermenau, Christoph Meertens, Gabriele Tellenbach, Brigitte Witzer

Koordinationsgremium des Förderkreises

Christian Holtgreve, Heinz Janning, Eva Quistorp, Edda Stelck, Dr. Gerhard Timm

Fachbeiräte

Frauenrat

Mechthild Bereswill, Barbara Graf, Jeanett Kipka, Dörte Mierau, Gabriele Rosenbaum, Uta Ruppert, Aysel Safak, Alena Wagnerova-Köhler, Christiane Ziller

Inland

Wolfgang Beer, Renate Künast, Ingrid Kurz-Scherf, Helga Lukoschat, Willfried Maier, Edda Stelck, Gisela Vollradt, Angelika Zahrnt

Kunst und Kultur

Adrienne Goehler, Albrecht Göschel, Jacqueline Köster, Eva Krings, Margit Proske.

Medien

Sabine Baun, Gabriele Hooffacker, Claus Josten, Hans J. Kleinsteuber, Konrad Melchers, Rena Tangens, Peter Völker

Migration

Farideh Akashe-Böhme, Almuth Berger, Viktor Böll, Hayang Ja Jung, Annitta Kalpaka, Filiz Karsligil, Bernd Knopf, Öczan Mutlu, Wolfgang Richter

Mittel-, Südost-Europa

Wolfgang Eichwede, Eva Feldmann, Helmut Lippelt, Ludwig Mehlhorn, Sonja Schelper, Elisabeth Schroedter, Theresa Tarassova, Elisabeth Weber, Esther von Weizsäcker, Ljubljana Wüstenhube-Romanova

Ost

Simone Briese, Mechthild Günther, Friedrich Heilmann, Torsten Hesse, Eva Jähnigen, Marinka Körzendörfer, German Meneses, Sigrid Meuschel, Petra Opitz, Thomas A. Seidel

Studienwerk

Marie-Therese Albert, Tanja Berg, Michael Brumlik, Gudrun Ehlert, Maria Icking, Gert Jannsen, Preeti Purohit, Sabine Kiel, Sonja Schreiner, Rui Sixpence Conzane

Süd

Marianne Dallmer, Karamba Diaby, Bernhard von Grünberg, Christine M. Merkel, Klaus Meschkat, Wolfgang Sachs, Wolfgang Schmitt, Corry, Szanth von Radnoth, Hilda von Krosigk

West

Rainer Andreas Emschermann, Anja Köhne, Margit Mayer, Edith Müller, Heide Rühle,
Frithjof Schmidt, Joscha Schmierer, Albert Statz

16. Adressen

(Stand Juli 2001)

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel.: 030-285340
Fax: 030-28534109
E-mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Römerstr. 71
53332 Bornheim
Tel. 02236-59236
(ab 1. Oktober 2001:
Eldenaerstr. 35, Gebäude 34,
10247 Berlin)

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.

Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart
Tel. : 0711-26339410 Fax: 0711-26339419
E-Mail: info@boell-ba-wue.de
Internet: www.boell-ba-wue.de

Petra-Kelly-Stiftung

Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.
Reichenbachstr. 3a, 80469 München
Tel.: 089-24226730 Fax: 089-24226747
E-Mail: gtiedemann@petra-kelly-stiftung.de
www.petra-kelly-stiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
Tel.: 030-6126074 Fax: 030-6183011
E-Mail: info@bildungswerk-boell.de
Internet: www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Werkstatt für politische Bildung e.V.

Lindenstr. 53, 14467 Potsdam

Tel.: 0331-2800786

Fax: 0331-292092

E-Mail: hbs-brandenburg@snaflu.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur in der Heinrich-Böll-Stiftung

Plantage 13, 28215 Bremen

Tel.: 0421-352368 Fax: 0421-352389

E-Mail: ruedel.boell@t-online.de

www.boell-bremen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg

umdenken - Politisches Bildungswerk

Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg

Tel.: 040-3895270 Fax: 040-3809362

E-Mail: umdenken@t-online.de

Internet: www.umdenken-boell.de

Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V.

Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung

Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a. M.

Tel.: 069-231090 Fax: 069-239478

E-Mail: info@hgdoe.de

Internet: www.hgdoe.de

Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der Heinrich-Böll-Stiftung

Mühlenstr. 9, 18055 Rostock

Tel.: 0381-4922184 Fax: 0381-4922156

E-Mail: boell.m-v@fliix.de

Internet: www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen

Schuhstr. 4, 30159 Hannover

Tel.: 0511-30185711/12 Fax: 0511-30185714

E-Mail: info@slu.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund

Tel.: 0231-9144040 Fax: 0231-91440444

E-Mail: info@boell-nrw.de

Internet: www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz
Tel.: 06131-611752 Fax: 06131-616437
Hauptstr. 21, 67280 Ebertsheim
Tel.: 06359-961800 Fax: 06359-961427
E-Mail: boell.rlp@mainz-online.de
www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.
Talstr. 56, 66119 Saarbrücken
Tel.: 0681-583560 Fax: 0681-583536
E-Mail: boell.stiftung@t-online.de

Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung
Schützengasse 18, 01067 Dresden
Tel.: 0351-4943311 Fax: 0351-4943411
E-Mail: info@weiterdenken.de
Internet: www.weiterdenken.de

Mitwelt - Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e.V.
Neumarktstr. 9, 06108 Halle
Tel.: 0345-2023927 Fax: 0345-2023928
E-Mail: mitwelt@regionett.de

Bildungswerk „anderes lernen“ - Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein
Jungfernstieg 23, 24103 Kiel
Tel.: 0431-9066130 Fax: 0431-9066134
E-Mail: boell.s.-h@t-online.de
Internet: www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen
Trommsdorffer Str. 5, 99084 Erfurt
Tel.: 0361-5553257 Fax: 0361-5553253
E-Mail: info@boell-thueringen.de
Internet: www.home.t-online.de/home/hbs.thueringen/

Die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland

Arabischer Naher Osten

Heinrich Boell Foundation
Kirsten Maas
P.O. Box 2018
Ramallah
Tel.: 00972-2-2961121
Fax: 00972-2-2961122
E-Mail: boell@palnet.com

Bosnien-Herzegowina

Fondacija Heinrich Boell
Azra Dzajic
Cekalusa 42
BIH-71000 Sarajevo
Tel.: 00387-71-260450
Fax: 00387-71-260460
E-Mail: h.boell@bih.net.ba

Brasilien

Fundação Heinrich Böll
Karin Urschel
Rua da Gloria 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro – Gloria
Tel.: 0055-21-3852 1104
Fax: 0055-21-3852 1104
E-mail: boell@openlink.com.br

El Salvador

Fundación Heinrich Böll
Silke Helfrich
Residencial Zanzíbar
Pasaje A-Oriente No.24
San Salvador
Tel.: 00503-2746812
Fax: 00503-2746932
E-Mail: boell@netcomsa.com

Europäische Union / Belgien

Heinrich Boell Foundation
Claude Weinber
28, rue le Titien
B-1000 Bruxelles

Tel.: 0032-2-7434100
Fax: 0032-2-7434109
E-Mail: brussels@boell.de
Internet: www.boell.be

Israel

Heinrich Boell Foundation
Julia Scherf
Nachlat Binjamin 24
IL-65162 Tel Aviv
Tel.: 00972-3-5167734
Fax: 00972-3-5167689
E-Mail: hbstl@isdn.net.il

Kambodscha

Heinrich Boell Foundation
Hema Goonatilake
c/o Buddhist Institute
Unnalom Pagoda
P.O. Box 1436
Phnom Penh
Tel.: 00855-23-210535
Fax: 00855-23-216482
E-Mail: hbf@camnet.com.kh

Kenia

Heinrich Boell Foundation
Asghedech Ghirmazion
Forest Road
P.O. Box 10799-00100
GPO Nairobi
Tel.: 00254-2-717679
Fax: 00254-2-577337
E-Mail: hbfha@africaonline.co.ke

Pakistan

Heinrich Boell Foundation
Roshan Dhunjibhoy
No. 240 9th Street
Cavalry Ground Extn.
Lahore (Cantt.)
Tel.: 0092-42-6666322
Fax: 0092-42-6664899
E-Mail: roshan@hbfsa.org

Russland

Heinrich-Böll-Stiftung
Jens Siegert
Grunskinskij Pereulok 3-230
RU-123056 Moskau
Tel.: 007-095-935 8015
Fax: 007 095-935 8016
E-Mail: siegert@online.ru

Südafrika

Heinrich Boell Foundation
Sigrid Thomsen
4th Floor Heerengracht Building
87 De Korte Street
Braamfontein 2017
Johannesburg
Tel.: 0027-11-4030188
Fax: 0027-11-4030186
E-Mail: hbssa@wn.apc.org

Thailand

Heinrich Boell Foundation
Heike Löschmann
91/9 Umong Soi 5
Tambon Sutep, Muang
50200 Chiang Mai
Tel: 0066-53-810430-2
Fax: 0066-53-810124
E-Mail: heike@hbsasia.org

Tschechien

Heinrich Böll Stiftung
Milan Horacek
Barrandovska 1
CZ-15250 Praha 5
Tel.: 00420-2-581-4173
Fax: 00420-2-581 4174
E-Mail: boell@mbox.vol.cz

Türkei

Heinrich-Böll-Vakfi
Fügen Ugur
Inönü Cad. Hacı Hanim Sok

No. 10/12, Keresteci Apt.
TR–80090 Gümüssuyu - Istanbul
Tel.: 0090-212-2491554
Fax: 0090-212-2450430
E-Mail: hbsist@superonline.com

USA

Heinrich Boell Foundation
Sascha Müller-Kraenner
Chelsea Gardens
1638 R Street, NW, Suite 120
USA–20009 Washington DC
Tel.: 001-202-4627512
Fax: 001-202-4625230
E-Mail: washington@boell.de
Internet: www.boell.org

17. Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung

Eine Auswahl

Nachhaltige Entwicklung

Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie

Von Alain Lipietz. Übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Frieder O. Wolf
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2000, 188 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-89691-470-7

Wem gehört die biologische Vielfalt?

Eine kurze Darstellung der Debatte über die Verfügungsrechte an der biologischen Vielfalt. Von Beatrix Tappeser und Alexandra Baier
Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 4, Berlin 2000, 26 Seiten

Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung?

Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung. Von Wolfgang Sachs
Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 3, Berlin 2000, 36 Seiten

Wirtschaft ohne Wachstumsstreben - Chaos oder Chance?

Bericht über ein Forschungsprojekt von Liesbeth Bakker, Reinhard Loske und Gerhard Scherhorn
Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 2, Berlin 1999, 2. Auflage Berlin 2000, 76 Seiten, zahlreiche Abbildungen

Kunst und Kultur

Positionen 1: "Versuch über die Vernunft der Poesie"

Die Nobelpreis-Vorlesung Heinrich Bölls von 1973
Neu ediert und mit einem Nachwort versehen von Jochen Schubert
Berlin 1999, 116 Seiten, DM 12,-, ISBN 3-927760-33-1

Heinrich Böll – Einem Autor folgen

Kölner Ausgabe – Zur Einführung
Mit einem Vorwort von Petra Streit und einer Einführung von Jochen Schubert (Ed.)
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Verlag Kiepenheuer & Witsch
Köln 1998, 120 Seiten, DM 10,-, ISBN 3-462-02827-8

Literatur und Diktatur

Beiträge vom Internationalen Autorencolloquium im November 1997 an der Schiller-Universität Jena. Hrsg. vom Collegium Europaeum Jenense in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Jena 1997, 312 Seiten, DM 15,-, ISBN 3-933159-02-4

Die Sprache als Hort der Freiheit

Sprachwende und Sprachwandel nach 1989. Mit Beiträgen von György Dalos, Christoph Dieckmann, Franziska Groszer, Ruth Reiher, Jens Reich, Adam Nadasdy, Sinan Gudzevic, Leszek Szaruga u.a. Köln 1996, 160 Seiten, DM 15,-, ISBN 3-927760-28-5

Ultramarin

Texte und Bilder von Künstlerinnen. Ausgewählt von Dörte Mierau und Chr. Eifler. Köln 1993, 112 Seiten, DM 18,- ISBN 3-927760-18-8

Komponistinnen und ihr Werk

Eine Dokumentation der Veranstaltungsreihe gleichen Titels 1990/91 von Christel Nies. Mit Beiträgen über Jacqueline Fontyn, Alma Mahler, Sofia Gubaidulina u.a. Köln 1992, 180 Seiten, DM 12,- ISBN 3-927760-11-0

Geschlechterdemokratie und Feminismus

Macht gewinnen

Von Birte Rodenberg und Christa Wichterich
Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland
Berlin 1999, 160 Seiten, DM 10,-, ISBN 3-927760-35-8
(Die Studie findet sich in englischer und spanischer Sprache im Internet unter www.boell.de/!)

Wie weit flog die Tomate?

Eine 68erinnen-Gala der Reflexion. Mit einer Einleitung von Halina Bendkowski.
Mit Beiträgen von Helke Sander, Marlene Streeruwitz, Viola Roggenkamp, Frigga Haug, Franziska Groszer, Dorothee Damm u.v.a.
Berlin 1999, 264 Seiten, DM 15,-, ISBN 3-927760-32-3

Wir sind das Wunder, durch das wir überleben

Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. Von Christa Wichterich. Köln 1996, 160 Seiten, DM 12,- ISBN 3-927760-26-9

Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen

Fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking: Bilanzen, Positionen, Perspektiven. Von Christa Wichterich

Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 5, Berlin 2000, 128 Seiten

Möglichkeiten und Grenzen eines Transfers zwischen feministischer Wissenschaft und Politik

Beiträge des Gunda-Werner-Promotionskollegs des Feministischen Instituts und des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung am 30. Oktober 2000 in Berlin; in Kooperation mit der Universität Bielefeld und der Ruhruniversität Bochum. Herausgegeben vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung

Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 11, Berlin 2001, 60 Seiten

Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik

Mit Beiträgen von Gila Altmann, Ines Weller, Irmgard Schultz u.a.

Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 10, Berlin 2000, 52 Seiten

Demokratie, Menschenrechte, Entwicklung

Iran nach den Wahlen

Ein Kongreß und seine Folgen. Mit einer Einführung von Sonia Seddighi und einem Beitrag von Peter Philipp. Übersetzungen: Bahman Nirumand. Verlag Westfälisches Dampfboot. 1. Auflage, Münster 2001, 268 Seiten, Preis: DM 36,- (€ 18,-), ISBN 3-89691-506-1

Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden

Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune

Von Lars Holtkamp

Berlin 2000, 152 Seiten, DM 12,-, ISBN 3-927760-37-4

Die Landkarte der Zensur

Erzählungen, Reportagen und Essays für die Freiheit des Wortes aus „Index on Censorship“. Berlin 1998, 208 Seiten, DM 24,80 (Links-Verlag), ISBN 3-86153-169-0

Zeitgeschichte

Polen und die Rechtslage Deutschlands 1945-1997

Von Rudolf Wildenmann

1. Auflage, Berlin 2001, 480 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Preis: DM 16,- (€ 8,-), ISBN 3-927760-38-2

Der homosexuellen NS-Opfer gedenken

Mit einem Vorwort von Claudia Neusüß, einer Einleitung der Initiative HomoMonument und Beiträgen von George L. Mosse, Claudia Schoppmann, Katharina Kaiser, Klaus Müller, Frank Wagner, Thomas Rahe, Günter Grau und Rainer Hoffschildt

1. Auflage, Berlin 1999, 160 Seiten, DM 10,-, ISBN 3-927760-36-3

Differenz in der Einheit

Über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West

Mit Beiträgen von Michael Rutschky, Richard Schröder, Marianne Birthler, Ralf Fücks, Diedrich Diederichsen u.v.a

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und Lothar Probst im Chr. Links Verlag
Berlin 1999, 216 Seiten, DM 24,80, ISBN 3-86153-196-8

Anstiftung zur Einmischung

Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 15, Berlin 2000, 60 Seiten

Alle Preise zzgl. Versandkosten!

Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel.: 030-285340
Fax: 030-28534109
E-mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de